

Anträge

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A1	Grundsätze für den Einsatz von KI-Tools in unserer politischen Arbeit Markus Gleichmann	2
A2	Vielfalt der Familien stärken – Soziale Familienpolitik für alle Generationen Cordula Eger, Isabel Kreke, Ute Lukasch, LAG Seniorenpolitik	3
A3	Soziale Klimapolitik ist die Zukunft für Thüringen Christian Schaft, Ina Leukefeld, Leon Walter, Katharina Wischmeyer, Linda Stark, Ute Lukasch, Heike Werner, Petra Meisenzahl, Julian Degen, Anja Müller, Paul Gruber, Andreas Schubert, Jenny Rotter, Birgit Schindhelm, Katharina König-Preuss	6
A4	Ein moderner Antifaschismus - Notwendigkeit in der Gegenwart aus historischer Verantwortung Landessprecher*innenrat Linksjugend ['solid] Thüringen	12
A5	Barrierefreie Wohnungen LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	14
A6	Barrierefreiheit im öffentlichen Leben LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	15
A7	Schutz vor Diskriminierungen LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	16
A8	Rettet die Schwimmbäder LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	18
A9	Keine Rendite mit der Miete Julian Degen, Ute Lukasch, Anja Müller, Mathias Günther, Sabine Günther, LAG Seniorenpolitik	20
A10	Quereinsteiger unkomplizierter als Lehrer qualifizieren Sonja Ruschke, Sebastian Bach	21
A11	Radwegenetz ausbauen Sonja Ruschke, Sebastian Bach	22
A12	Werkstätten für Menschen mit Behinderung LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	23
A13	Digitalisierung als grundlegender Bestandteil eines zukunftsfähigen Unterrichts Kreisverband Hildburghausen	25
A14	Der soziale Freistaat Ulrike Grosse-Röthig, Helmut Holter, Mandy Eißing, Michaele Sojka, Gabi Ohler, Frank Schenker, Katja Seiler, Jana Prochnow, Nicole Griebach, Birgit Pommer, Jasmin Hoffmann, René Kolditz, Lilly Schwarzer, Gudrun Wolfram, Jens Thomas, Philipp Müller	27
A15	Kitas zukunftsfest gestalten Felix Osterloh, Florian Demmler	30
G1	Thüringen ist Chancenland Landesvorstand	31
G2	Thüringer Kommunen mit Zukunft für alle: demokratisch, vielfältig und lebendig Landesvorstand	37

Antrag A1: Grundsätze für den Einsatz von KI-Tools in unserer politischen Arbeit

Antragsteller*in:	Markus Gleichmann
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Wir, DIE LINKE. Thüringen, informieren über den Einsatz von KI-Technologie in unserer politischen Arbeit. Das betrifft auch die Erstellung von Texten und Bildern.
2. Wenn KI-Texte oder Bilder erstellt, sagen wir das. Wenn das Ergebnis echt aussieht, sagen wir, was wir für die Erstellung gesagt haben.
3. Texte oder Bilder von KI, die echt wirken, kennzeichnen wir klar. Wir lassen Ergebnisse weg, die stark täuschen. Andere Ergebnisse dürfen wir nutzen, aber wir kennzeichnen sie als KI-Ergebnisse.
4. Wir nutzen KI so, dass keine Vorurteile gestärkt werden.

Begründung

Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen, dass KI-Tools immer wichtiger in der Politik werden. Sie können helfen, unsere Botschaften zu verbreiten und unsere Arbeit effektiver zu machen. Aber wir müssen vorsichtig sein. Es ist wichtig, dass wir fair und offen mit diesen Tools umgehen. Das betrifft nicht nur die Wahlen, sondern all unsere Arbeit.

Wir wollen alles klar sagen, wenn wir KI-Tools nutzen. Das ist wichtig, weil alle Menschen wissen sollten, wenn sie mit KI zu tun haben. Außerdem wollen wir sicherstellen, dass KI nicht dazu genutzt wird, Menschen zu täuschen. Das wäre nicht fair und würde gegen unsere Grundsätze verstoßen.

Wir wollen auch, dass KI nicht dazu genutzt wird, Vorurteile zu stärken. KI sollte helfen, unsere Gemeinschaft besser zu machen, nicht sie zu spalten.

Wir erwarten das auch von anderen, die demokratisch sind.

Dieser Antrag wurde mit Hilfe von KI und in Anlehnung an den Landesvorstandsbeschluss DIE LINKE Sachsen (B 8 – 158 – 1) erstellt. Die Regeln für einfache Sprache wurden beachtet.

Glossar:

- KI: Künstliche Intelligenz. Das ist eine Technik, die Sachen macht, die sonst Menschen machen.
- Tool: Ein Werkzeug. In diesem Fall ein Programm, das KI nutzt.
- Vorurteile: Das sind Meinungen über andere, die nicht auf Fakten basieren.
- Demokratisch: Das heißt, dass alle mitbestimmen dürfen.

Antrag A2: Vielfalt der Familien stärken – Soziale Familienpolitik für alle Generationen

Antragsteller*in:	Cordula Eger, Isabel Kreke, Ute Lukasch, LAG Seniorenpolitik
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband DIE LINKE Thüringen sieht folgende Schwerpunkte für die
2 familienpolitische Entwicklung in Thüringen als notwendig und fordert alle
3 Verantwortlichen auf, die Umsetzung dieser Ziele und Maßnahmen aktiv zu unterstützen:
- 4 • Es muss die überregionale und regionale Familienförderung fortgeführt und
5 weiterentwickelt werden. Hierbei soll insbesondere das Landesprogramm
6 „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ mit den Evaluierungsergebnissen
7 gesichert und ausgebaut und der Landesfamilienförderplan optimiert werden;
 - 8 • Maßnahmen und Angebote, die den generationsübergreifenden Austausch stärken, wie
9 Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ), Nachbarschaftsläden,
10 Mehrgenerationenhäuser oder auch Projekte für z. B. gemeinsames Lernen sollen
11 gefördert werden;
 - 12 • Eine Verstetigung von Familienbildung und –erholung, damit sie ein fester
13 Bestandteil der Thüringer Familienpolitik bleibt und somit vor allem die
14 Teilhabe von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und niedrigem
15 Einkommen gestärkt wird;
 - 16 • Die Verhinderung von Altersarmut mithilfe der Stärkung und Fortsetzung von
17 familienpolitischen Maßnahmen und Arbeitsmarktprogrammen, die Armut bekämpfen;
 - 18 • Die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur im Freistaat:
 - 19 • Im Bereich Mobilität bedarf das Angebot des ÖPNV besonders in den
20 ländlichen Regionen eines Ausbaus, darüber hinaus soll durch die Einführung
21 eines Sozialtickets zur Vergünstigung des ÖPNV die generationsübergreifende
22 Teilhabe in Thüringen gefördert werden;
 - 23 • Im Bereich soziales Miteinander müssen Maßnahmen und Projekte, die den
24 generationsübergreifenden Austausch aktiv fördern, gestärkt werden;
 - 25 • Im Bereich Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen niedrigschwellige
26 Beratungsangebote für Familien und besonders auch Alleinerziehende
27 beibehalten und flächendeckend ausgebaut werden;
 - 28 • Im Bereich Wohnen muss der barrierefreie und altersgerechte Wohnungsbau
29 gefördert und Wohnungslosigkeit mithilfe eines Thüringer Aktionsplans
30 vermieden und abgewendet werden;
 - 31 • Die Erstellung eines Generationenberichtes (in Fortführung der Familien- und
32 Seniorenberichte) mit Ausblick auf mögliche Handlungsmaßnahmen für die
33 Unterstützung von Familien muss auf den Weg gebracht werden;
 - 34 • Die Bereitstellung von inklusiven, niedrigschwelligen (und kostenfreien)
35 Freizeitangeboten für Familien soll gestärkt werden. Hierzu zählen zum Beispiel

- 36 Wasserspielplätze oder generationsübergreifende Spielplätze;
- 37 • Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung muss mithilfe von alternativen
38 Angeboten, wie z. B. dem Konzept der Gesundheitskioske, gestärkt und
39 sichergestellt werden;
- 40 • Die Thüringer Bildungslandschaft gilt es so zu strukturieren, dass für alle
41 Generationen das lebenslange Lernen möglich ist.
- 42
- 43 • Für junge Familien und mittlere Generationen bedarf es:
- 44 • Der Förderung von Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und
45 Beruf, wie z. B. alternative Arbeitszeitmodelle;
- 46 • Der Einführung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres;
- 47 • Des Ausbaus der Thüringer Eltern-Kind-Zentren (TheKiZ);
- 48 • Der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige, um diese
49 zu entlasten.
- 50 • Für Senior*innen bedarf es:
- 51 • Der Fortführung des Landesprogrammes AGATHE und die Planung und
52 Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne, mit dem Ziel, die Bekanntheit
53 und den Ausbau von AGATHE in weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten
54 zu fördern;
- 55 • Der Sicherstellung und den Ausbau der Förderung von ehrenamtlichen
56 Seniorenbeiräten und –beauftragten sowie der regionalen Seniorenbüros als
57 Anlaufstelle bei Fragen und für Unterstützung;
- 58 • Der Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte;
- 59 • Der Gewährleistung des Einbezugs der Seniorenbeauftragten und –beiräten in
60 den kommunalpolitischen Gremien;
- 61 • Der Umwandlung des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz in ein Thüringer
62 Seniorenmitbestimmungsgesetz;
- 63 • Einer auskömmlichen Förderung des Landesseniorenrates Thüringen;
- 64 • Der Erarbeitung eines Generationenberichtes mit Handlungsempfehlungen zur
65 aktuellen Beteiligung und Teilhabe von Menschen im Alter 65 plus in den
66 Bereichen Ehrenamt, Kultur, Freizeit/Tourismus und Politik;
- 67 • Der Herstellung von guten Rahmenbedingungen für die Pflegenden und zu
68 Pflegenden in der stationären als auch ambulanten Pflege;
- 69 • Eine Pflegestruktur/Landespflegeplanung im Freistaat anpassungsfähig mit
70 den unterschiedlichen Lebens- und Familienmodellen;
- 71 • Den Einsatz von wissenschaftlichen Ansätzen aus unterschiedlichen
72 Fachbereichen bei der Planung von Maßnahmen und Angeboten für Menschen im
73 Alter 65 plus zu fördern, um möglichst alle Belange miteinzubeziehen und
74 Barrieren abzubauen;
- 75 • Der Stärkung von Inklusion von älteren Menschen mit Behinderung oder
76 Migrationshintergrund in die soziale Gemeinschaft in Thüringen;
- 77 • Barriere-Reduzierung sowohl in den Innenstädten als auch insbesondere im

Begründung

LINKE Familienpolitik orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und behandelt alle Familienformen und Generationen gleichberechtigt. Alle Partnerschaften, in denen Menschen füreinander und auch für Kinder und die eigenen Eltern Verantwortung übernehmen, haben ihren gleichberechtigten Platz. Unabhängig von einer Eheschließung oder der Form, in der sie zusammenleben, sowie der sexuellen Orientierung. Familienpolitik soll die Teilhabe und Gleichberechtigung von Familien aktiv unterstützen. Spezifische Bedarfe und die Gleichstellung und Teilhabe wollen wir fördern und legen ein besonderes Augenmerk auf Familien mit gleichgeschlechtlichen Paaren, Mehrgenerationshaushalte, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund, pflegende Angehörige, Familien mit Angehörigen mit Behinderungen und sowie Menschen im Alter 65 plus.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir seit 2014 zahlreiche Weichenstellungen gelegt. Zum einen haben wir ein hochwertiges und gebührenfreies Angebot in der Kinderbetreuung geschaffen. Zur Entlastung haben wir zwei beitragsfreie Kindergartenjahre eingeführt. Zum anderen haben wir die soziale Infrastruktur für Familien mit der überregionalen und regionalen Familienförderung in Thüringen grundlegend neugestaltet. Mit dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ werden bedarfsgerechte und den Bedürfnissen vor Ort entsprechende kommunale Projekte der Familien-, Bildungs-, Gesundheits-, Pflege- und Sozialpolitik, sowie Beratungsstrukturen angeboten. Ergänzend zu dem Landesprogramm haben wir mithilfe des Landesfamilienförderplans die überregionalen Maßnahmen der Familienförderung unterstützt. Im Zuge dessen wurde der Landesfamilienrat gegründet. So wird gewährleistet, dass die Betroffenen selbst unmittelbar den Landesfamilienförderplan maßgeblich mitgestalten können.

Ein besonderes Augenmerk gilt dem Einbezug von Menschen im Alter 65 plus und ihren Bedürfnissen, Vorstellungen, Ansprüchen sowie Erlebnismöglichkeiten und die Anerkennung ihres hohen gesellschaftlichen Engagements im Freistaat. Ihre Teilhabe muss durch eine Sicherstellung mithilfe einer seniorenrechtlichen Infrastruktur, vielfältigen Angeboten und Unterstützungsleistungen gewährleistet werden. Gerade auch durch den demografischen Wandel erkennen wir die besondere Bedeutung der aktiven älteren Bevölkerung in der Gesellschaft und für die Gesellschaft an.

Deshalb haben wir als LINKE in Regierungsverantwortung die flächendeckende Etablierung von kommunalen Seniorenbeiräten und Seniorenbeauftragten in Thüringen für den Einbezug und die Berücksichtigung von Interessen, Ansichten und Bedürfnissen von Menschen im Alter 65 plus in den Landkreisen und kreisfreien Städten auf den Weg gebracht und gefördert, als auch den Landesseniorenrat gestärkt. Mit dem bundesweit einmaligen Landesprogramm AGATHE möchten wir aktiv und präventiv die Einsamkeit und Vereinsamung von älteren Menschen vor Ort bekämpfen.

Antrag A3: Soziale Klimapolitik ist die Zukunft für Thüringen

Antragsteller*in:	Christian Schaft, Ina Leukefeld, Leon Walter, Katharina Wischmeyer, Linda Stark, Ute Lukasch, Heike Werner, Petra Meisenzahl, Julian Degen, Anja Müller, Paul Gruber, Andreas Schubert, Jenny Rotter, Birgit Schindhelm, Katharina König-Preuss
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Sommer 2023: Wieder einmal ein Sommer der Rekorde. Der heißeste Tag – gemessen an der
- 2 globalen Durchschnittstemperatur – am 3. Juli 2023 markiert einen solchen.
- 3 Temperaturen jenseits der 40 Grad Marke quälten im Sommer den Süden Europas.
- 4 Waldbrände und Hochwasser führen dazu, dass Menschen evakuiert werden müssen. Doch
- 5 all das ist nicht weit weg. Dürresommer und Trockenheit beschäftigten uns
- 6 insbesondere im Osten der Bundesrepublik. Unsere Thüringer Wälder haben mit
- 7 Trockenstress und dem Borkenkäfer zu kämpfen und selbst im Kleingarten, dem
- 8 Stadtviertel oder entlang der Bäche, Flüsse und Seen sehen wir was es bedeutet, wenn
- 9 wir vom Klimawandel reden. Wir sehen die Notwendigkeit des Handelns vor unserer
- 10 Haustür. Und doch ist wohl kaum ein anderes Thema in dieser Zeit so emotional beladen
- 11 und Teil eines Kulturkampfes geworden.
- 12 Viele Menschen fühlen sich überfordert. Haben Angst und Sorgen, wenn auch aus
- 13 unterschiedlichen Gründen. Eine junge Generation hat vor Jahren begonnen, all das
- 14 nicht mehr hinzunehmen und hat Angst davor keine Zukunft mehr zu haben, wenn der
- 15 Planet einen Kipppunkt nach dem anderen überschreitet. Notwendige Veränderungen
- 16 machen Menschen Angst, weil sie Sorge haben, mal wieder nicht gesehen und vergessen
- 17 zu werden, weil sie sich einen Umstieg auf ein Elektroauto oder erneuerbare Energien
- 18 nicht leisten können oder nicht wissen, ob ihr Arbeitsplatz im Zuliefererbetrieb in
- 19 zwei Jahren noch gebraucht wird. Ältere sehen mit Sorge wie das, was sie aufgebaut
- 20 haben, droht zu verschwinden. Sorgen, die die Hauptverursacher*innen der Krise nicht
- 21 umtreiben, weil sie das notwendige Geld haben, um Veränderungen ohne persönliche
- 22 Einschnitte einfach mitmachen zu können. Sorgen, die die Ampel-Koalition im Bund
- 23 nicht nimmt, weil sie sich nicht mit den Verursacher*innen der Krise anlegen will.
- 24 Verdrängung oder Abwehr sind dann die Reaktionen. Dieses Gefühl der Überforderung
- 25 wollen wir mit Zuversicht und Gerechtigkeit überwinden. Aus dem Mut der jungen
- 26 Generation wollen wir Energie schöpfen und den Weg frei machen für eine klimagerechte
- 27 Zukunft. Dieser Wandlungsprozess gelingt nur mit einer breiten gesellschaftlichen
- 28 Akzeptanz. Es darf keinesfalls zu einem weiteren Umverteilungsschub von unten nach
- 29 oben kommen. Als LINKE wollen wir die Energie- und Klimawende so organisieren, dass
- 30 im Ergebnis echte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land
- 31 überall gleich gut wirksam werden.
- 32 Viele fragen sich, was tut Politik, damit wir jetzt den Schalter umlegen und was tut
- 33 Politik, damit das gerecht geschieht. Diese Fragen sind völlig berechtigt und wir
- 34 wollen sie als Thüringer LINKE gemeinsam mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident
- 35 beantworten. Wir wollen Menschen Sicherheit geben in diesem Wandel und sie mitnehmen
- 36 auf den Weg, auf dem wir Thüringen gemeinsam sozial und ökologisch gestalten. Wir

37 wollen die Lebensgrundlage, die uns vor unser aller Haustüren umgibt, bewahren und
38 für kommende Generationen erhalten. Vom Thüringer Wald, über den Hainich, vom Saale-
39 bis zum Werratal, vom Possen übers Thüringer Becken bis zum Schiefergebirge. Unsere
40 Umwelt zu erhalten ist ein Gewinn für alle. Wir haben eine gemeinsame Aufgabe vor
41 uns, denn es gibt nur diese eine Erde.

42 Auf diesem Weg haben wir als LINKE mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident, in
43 Regierungsverantwortung mit unseren Partner*innen im Parlament und außerhalb in den
44 letzten Jahren erste Schritte unternommen. Vor 5 Jahren haben wir uns ein Klimagesetz
45 in Thüringen gegeben, weil wir darum wissen, dass internationale Klimaziele als
46 politischer Rahmen für unser Handeln genauso wie für die Entscheidungen der Landes-
47 und Kommunalpolitik umgesetzt werden müssen. Als öffentliche Hand hat das Land dabei
48 eine Vorbildfunktion. Das Infrastrukturministerium will die energetische Sanierung
49 landeseigener Gebäude forcieren, um CO₂-Emissionen in großem Maße einzusparen. Bei
50 der Weiterentwicklung des Vergabegesetzes ist uns die Erhöhung des Mindestlohns in
51 Richtung 14 Euro ebenso wichtig wie die Vergabe nach ökologischen Kriterien, weil
52 Soziales und Klimapolitik Hand in Hand gehen müssen. Gesundheits- und
53 Umweltministerium haben zusammen die Arbeit an einem Hitzeaktionsplan begonnen und
54 den Kommunen mit der so genannten „Hitzetoolbox“ einen wichtigen Werkzeugkasten an
55 die Hand gegeben, weil es darum geht Menschen zu schützen, wenn Klimafolgen bereits
56 zu spüren sind. Da wo Beschäftigte als letztes Glied in der Kette von weltweit
57 agierenden Mutterkonzernen mit Entscheidungen aus der Chefetage leben und um ihre
58 Jobs bangen müssen, unterstützen wir Gewerkschaften und die Betriebe mit einer
59 Transformationsagentur und Technologieberatungsstelle, für die wir als LINKE gekämpft
60 haben. Wir haben einen Vorschlag für ein Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg
61 gebracht, weil wir wollen, dass der Gewinn aus der Stromerzeugung nicht allein in den
62 Kassen von Konzernen landen sollte, sondern dort ankommt, wo die Energie erzeugt
63 wird. In Form von konkreten Investitionen aus Energiegewinnen in den kommunalen
64 Kindergärten, die örtliche Bibliothek oder die Vereine schaffen wir Akzeptanz und
65 verteilen Gewinne sozial gerecht. Als nächsten Schritt wollen wir eine
66 Bürger*innenbeteiligung beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Zusammenarbeit mit
67 den kommunalen Energieversorgern. Und mit unserem Einsatz für die Verwendung von
68 Geldern aus dem Sondervermögen für nachhaltige Investitionen, haben wir einen ersten
69 großen Schritt für mehr Tempo in der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft
70 gemacht. Wir wollen die Geschwindigkeit und das Volumen von Investitionen in die
71 klimagerechte Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung noch deutlich steigern,
72 weil wir wissen, dass wir nur so neue Chancen für die Menschen und die Unternehmen
73 entwickeln.

74 Und wir haben das Wissen im Land, sowohl bei den Beschäftigten, in den Unternehmen,
75 in sozialen Einrichtungen und der öffentlichen Verwaltung als auch in den
76 wissenschaftlichen Einrichtungen. Sei es das Wasserstoffforschungszentrum in
77 Sonneberg, das Mobilitätszentrum an der Technischen Universität Ilmenau, das neu
78 gegründete Institut für klimagesundes Verhalten an der Uni Erfurt oder die Expertise
79 des Institutes für regenerative Energien in Nordhausen, um nur beispielhaft zu
80 nennen, worauf wir aufbauen können. Es gibt sie hier vor Ort, die Ideen für eine
81 nachhaltige, zukunftsfähige und klimaneutrale Welt.

82 Doch darauf wollen wir uns nicht ausruhen. Mit der kommenden Landtagswahl entscheiden

83 wir, welchen Weg wir einschlagen. Dies ist nicht der Weg derer, die erzählen alles
84 kann so bleiben wie es ist und wenn jeder für sich selber sorgt, ist auch für alle
85 gesorgt. Nein, das ist der Weg in die Klimakatastrophe, in der die Starken die
86 Ressourcen der Schwächeren vergeuden und die Zukunft unserer und der nächsten
87 Generationen verspielen. Wir wollen den Weg einer klimagerechten Zukunft, in der
88 keine*r Angst haben muss vergessen zu werden, wenn wir darüber sprechen, wie wir den
89 Verkehr neu gestalten oder unsere Art und Weise zu produzieren verändern. Wir wählen
90 den sozialen, den klimagerechten Weg und wollen deshalb im Rahmen unseres
91 Programmprozesses mit Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden darüber reden wie:

92 • **wir eine aktive Industriepolitik gestalten!** Wir wollen konkrete Ideen
93 entwickeln, mit denen wir Unternehmen in Thüringen im Rahmen einer neu
94 aufgestellten Industriebeteiligungsstrategie im Strukturwandel unterstützen
95 können. Eigenständige Unternehmen, die sich auf den Weg machen und ihre
96 Produktion klimaneutral umstellen oder neue Produkte entwickeln wollen, könnten
97 über eine staatliche Beteiligung ihre Eigenkapitalbasis stärken und so den
98 Wandlungsprozess für die Beschäftigten sicher gestalten. Betriebe, die am Ende
99 der Entscheidungsketten stehen, weil Konzernzentralen am andere Ende der Welt
100 sitzen, könnten über staatliche Beteiligungen aus Unternehmensstrukturen
101 herauswachsen und auf eigenen Beinen stehen. Beide gilt es mit einem
102 entsprechenden Plan unter Beteiligung der Beschäftigten klimagerecht in
103 Produktion und Arbeitsweise aufstellen. Dazu braucht es regionale Strategien,
104 bei denen die Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen, das Land und weitere
105 wichtige Akteur*innen gemeinsam den Wandel gestalten. Wir wollen eine
106 Industriepolitik, die Zukunft sichert und nicht die Veränderungen auf dem Rücken
107 der Menschen abwälzt, wie es die Treuhandpolitik der 1990er Jahre gemacht hat.
108 Wir wollen Sicherheit, bei der die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, anstatt
109 Marktberingung, bei der nur die Konzernspitzen im Trockenen sitzen. Im ersten
110 Schritt könnten bestehende Marktanalysen gebündelt und Machbarkeitsstudien auf
111 den Weg gebracht werden, die die Grundlage für eine landesweite und regional
112 verankerte Industriebeteiligungsstrategie legen. Mit dem Ziel eine nachhaltige
113 und zukunftsichere Wertschöpfung in Thüringen zu entwickeln, die auf
114 ressourcenschonende und energieeffiziente Produktion setzt. Wir wollen
115 Beschäftigten Sicherheit im Wandel geben und die Möglichkeit klimagerecht zu
116 produzieren, was für die Welt von morgen benötigt wird. Das Wissen und die
117 Netzwerke dazu haben wir in Thüringen.

118 • **wir Klimafolgenanpassung als soziale Gesundheitspolitik gestalten!**
119 Klimafolgenanpassung ist mehr als Stadtbegrünung. Hitzeschutz bedeutet
120 Gesundheitsschutz. Hitzeschutz muss als öffentliche Aufgabe auf allen Ebenen
121 ernst genommen und gesetzlich verankert sein. Das bedeutet nicht nur Ausbau von
122 kostenlosen Trinkwasserspendern, der Begrünung der Innenstädte oder der
123 Verfügbarkeit von öffentlichen Hitzeschutzräume. Damit Menschen sich nicht um
124 ihre Gesundheit sorgen müssen, gehört diese Aufgabe eng verknüpft mit der
125 Investition in den Gesundheitsbereich. Auf dem Weg zum landesweiten
126 Hitzeschutzplan wollen wir auch die notwendigen Investitionen in Pflegeheime,
127 Krankenhäuser und kommunale Versorgungszentren ausbauen, die Teil eines
128 Sicherheitsnetzes in einer klimagerechten Zukunft sind. Wie wollen darüber
129 sprechen, wie vor Ort Hitzeschutzpläne aussehen müssen, die den Zugang zu

130 Trinkwasser, kühlen Räumen oder Sonnenschutzspendern ermöglichen oder Menschen
131 aufsuchen, die Hilfe brauchen. Wir wollen darüber sprechen, ob und wie kommunale
132 Klimabeiräte dazu beitragen können, dass Menschen ihre Ideen und Anforderungen
133 an sozial gerechten Klimaschutz einbringen und die Akzeptanz für den Klimaschutz
134 steigt.

135 • **wir Beschäftigte entlasten und schützen können!** Das Einsparen von CO2-
136 Emissionen wird genauso wie der Schutz vor den Klimafolgen den Arbeitsplatz
137 vieler Menschen vor neue Aufgaben stellen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem
138 Lohnausgleich kann nicht nur dazu beitragen Jobs mit hoher Belastung attraktiver
139 zu gestalten und bspw. wieder mehr Pflegepersonal zu gewinnen und vor allem zu
140 halten. Es trägt auch dazu bei Emissionen einzusparen und gerade mit Blick auf
141 Klimafolgen den Arbeitsalltag anders zu gestalten. Expert*innen verweisen
142 bereits darauf, dass mehr Zeitwohlstand ohne Lohnneinbußen die Möglichkeit
143 schafft sich klimafreundlicher zu verhalten. In einer Zeit, in der zudem die
144 Belastungen durch die Klimakrise auch am Arbeitsplatz steigen, kann dieser Weg
145 auch zum besseren Arbeitsschutz der Beschäftigten beitragen. Auch Amtsärzt*innen
146 verweisen darauf, dass wir über klimaangepasste Arbeitsmodelle reden müssen.
147 Hier gilt es auch im Rahmen der Einführung einer Arbeitskammer in Thüringen,
148 diesen Aspekt der Arbeitszeitverkürzung und die Ideen der Arbeitnehmer*innen mit
149 einzubinden. Eine soziale Klimapolitik kann auch dabei helfen Armutsriskiken zu
150 mindern. Höhere Löhne und Einkommen, verbunden mit einer fairen Preisgestaltung,
151 können dazu beitragen, dass mehr Menschen von klimafreundlichen und ökologisch
152 produzierten Produkten profitieren können. Auch deshalb betrachten wir
153 Instrumente wie sozial-ökologische Vergabekriterien, einen Vergabemindestlohn
154 und die Stärkung der Tarifbindung als unerlässlich.

155 • **wir eine soziale Klimapolitik als Infrastrukturpolitik gestalten!** Klimapolitik
156 muss kein Verlust und keine Abstiegsangst bedeuten. Betrachten wir die Aufgaben,
157 die wir anpacken müssen, bietet ein Umsteuern in der Klimapolitik die
158 Möglichkeit, durch eine klimagerechte Wohnungs-, Verkehrs- oder Forstpolitik
159 günstigen barrierefreien Wohnraum, kostenfreien, ausgebauten öffentlichen
160 Nahverkehr und den Erhalt der Erholungsgebiete vor Ort im Thüringer Wald oder
161 anderswo zu schaffen. Davon können alle profitieren. Wenn kommunale und
162 genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, eine Landeswohnungsbaugesellschaft oder
163 auch Hauseigentümer*innen im ländlichen Raum in die Lage versetzt werden,
164 energetisch und barrierefrei zu sanieren, ohne Kosten auf Mieter*innen
165 umzuwälzen bzw. auf erheblichen finanziellen Einbußen sitzen zu bleiben, haben
166 alle gewonnen. Dazu müssen auch Fördermittel entsprechend ausgerichtet sein.
167 Wenn Bus und Bahn ausgebaut und mit klugen Verkehrskonzepten in den Kommunen,
168 unter Beteiligung der Bürger*innen verbunden werden, ist den Vielen in Stadt und
169 auf dem Land geholfen: Den Mieter*innen, den Fahrgästen und dem Klima. In
170 kommunalen Klimabeiräten könnte vor Ort durch konkrete Beteiligungsmöglichkeiten
171 gemeinsam an der Entwicklung, Umsetzung und Gestaltung von kommunalen
172 Nachhaltigkeitsstrategien gearbeitet werden. Mit dem Ausbau erneuerbarer
173 Energien und Nutzung der Fernwärmenetze können wir dafür sorgen, dass Energie
174 für alle bezahlbar bleibt und perspektivisch sogar günstiger wird.

175 • **wir akademische und berufliche (Weiter-)Bildung für den Strukturwandel nutzen!**

176 Um die Energiewende zu schaffen, braucht es Personal. Mit den Beschäftigten im
177 Land Thüringen, einer jungen Generation, die sich für ihre Zukunft stark macht
178 sowie den Hochschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen haben wir Wissen,
179 Ideen und Erfahrung, die wir nutzen können. Wir wollen die Rolle von
180 Hochschulen, Forschung und beruflicher Bildung für eine soziale Klimapolitik im
181 Land stärken. Diese Energierevolution braucht Menschen, die sie gestalten!
182 Deshalb wollen wir Modelle diskutieren, mit denen wir die Fort- und
183 Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen – an den Hochschulen wie an den beruflichen
184 Bildungszentren. Klimawandel, Digitalisierung und demographischer Wandel
185 bedeuten, dass viele Aufgaben auf weniger Schultern mit neuen technischen
186 Möglichkeiten bewältigt werden müssen. Diesen ständigen Weiterbildungsbedarf
187 müssen wir decken. Damit Menschen das können, brauchen sie Zeit und
188 Sicherheiten. Modelle dazu gibt es mit Bildungszeiten bei Lohnfortzahlung, was
189 man in Österreich unter Bildungskarenzzeiten kennt. Wer sich weiterbilden will,
190 um bei der Umstellung des Unternehmens auf klimaneutrale Produktion mitgestalten
191 zu können, sollte keine Angst haben müssen auf dem Trockenen zu sitzen ohne
192 finanzielle Sicherheiten. Auch das bedeutet Klimagerechtigkeit. Dazu braucht es
193 Pilotstudiengänge an den Hochschulen und Modellprojekte an den
194 Berufsbildungszentren, die durch eine neue Rolle in der Weiterbildung auch eine
195 Stärkung erfahren können. Und das braucht es auch, weil neue Berufsbilder und -
196 aufgaben die Arbeitswelt prägen werden. Die Studien- und Ausbildungsstandorte
197 sind dazu der Schlüssel.

198 • **wir Thüringen zum sicheren Hafen in einer weltweiten Krise machen!** Der
199 Klimawandel ist global. Folgen dieses Wandels werden wir auch spüren, weil
200 Menschen zu uns kommen, deren Heimat nicht mehr bewohnbar ist oder weil
201 Wassermangel zu Konflikten und Gewalt führt. Wer also ernsthaft Fluchtursachen
202 bekämpfen will, muss auch gute lokale wie globale Klimapolitik machen, um die
203 Zukunft aller Menschen sicher zu gestalten. Und eine soziale Klimapolitik in
204 Thüringen bedeutet auch, ein sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht zu sein.
205 Dazu braucht es Behörden, die Ankommen ermöglichen, statt bürokratische Hürden
206 eines scheinbar unübersichtlichen Aufenthaltsrechtes zu verwalten.
207 Landesaufnahmeprogramme werden eine wichtige Rolle spielen und müssen
208 entsprechend mit Leben gefüllt werden, in dem Hürden abgesenkt werden. Mit einem
209 Landesamt für Migration, zum Bündeln der Aufgaben, machen wir einen ersten
210 Schritt. Doch weitere wollen wir noch gehen, um Thüringen als offene
211 Gesellschaft zu gestalten. Wir wollen, dass Menschen in Sicherheit hier ankommen
212 können, eine Perspektive durch Ausbildung oder Beruf erhalten, um auf eigenen
213 Beinen zu stehen und Nachbar*innen, Kolleg*innen oder Freund*innen werden zu
214 können. Egal ob sie über ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder das Grundrecht
215 auf Asyl zu uns gekommen sind. Um dies zu ermöglichen, bedarf es einer
216 konsequenten, allumfassenden antirassistischen Politik. Nur gemeinsam können wir
217 dann anpacken was vor uns liegt, um Thüringen sozial und klimagerecht zu
218 gestalten.

219 Unsere gemeinsame Zukunft klimagerecht zu gestalten bedeutet für alle mehr Zeit, mehr
220 Sicherheit, bessere Luft, gesunde Umwelt- und Lebensbedingungen, eine krisenfeste
221 Landwirtschaft und damit günstige und stabile Lebensmittelpreise, eine bessere
222 Gesundheitsversorgung und weniger Krankheiten. Eine soziale Klimapolitik stellt die

223 Menschen und die Natur als Lebensgrundlage gleichermaßen in den Mittelpunkt und
224 keine*r muss mehr Sorge haben, bei neuen Maßnahmen für eine klimaneutrale Zukunft
225 vergessen oder allein gelassen zu werden. Wir alle könnten das Leben mehr genießen,
226 wenn wir unsere Art zu leben, produzieren und den Alltag klimagerecht gestalten.
227 Sprechen wir dabei von sozialer Klimapolitik in Thüringen, dann meinen wir eine
228 Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung. Und das machen wir mit all jenen, die
229 in Vereinen, Betrieben, Initiativen oder Ortsgruppen Menschen zusammenbringen,
230 Gemeinschaft stiften und Solidarität leben und klar sagen: „Geht nicht? Gibt’s
231 nicht!“ Denn soziale Klimapolitik ist die Zukunft für Thüringen.

Antrag A4: Ein moderner Antifaschismus - Notwendigkeit in der Gegenwart aus historischer Verantwortung

Antragsteller*in:	Landessprecher*innenrat Linksjugend [‘solid] Thüringen
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In einer Zeit, in der Nationalismus und Rechtsextremismus nicht nur hier in
- 2 Deutschland, sondern weltweit, Demokratien und demokratische Strukturen bedrohen, ist
- 3 es eine unerlässliche Aufgabe, sich mit aller Kraft gegen diese Bestrebungen zu
- 4 stellen.
- 5 Welche Gefahren und Auswirkungen nationalistische Interessen mit sich bringen, kann
- 6 man in jedem Geschichtsbuch nachlesen. Dabei bedeutet Antifaschismus, nicht erst
- 7 gegen den Faschismus zu kämpfen, wenn er da ist, sondern dafür zu kämpfen, den
- 8 Faschismus zu verhindern. Deshalb muss das aktive Kämpfen gegen jegliche
- 9 nationalistische Bestrebungen eine bedingungslose Leitlinie unseres Handelns sein.
- 10 Besonders gilt dies hier in Thüringen.
- 11 In einem Bundesland, in dem der deutsche Faschismus des 20. Jahrhunderts
- 12 parlamentarischen Ausgangspunkt gefunden hat, muss es außer Frage stehen, tagtäglich
- 13 gegen derartige Bestrebungen in der heutigen Zeit zu kämpfen.
- 14 In einem Bundesland, in dem die rechtsradikale AfD in Umfragen zuletzt über 30
- 15 Prozent erreichte, muss diese Zahl der letzte Punkt gewesen sein, um aufzuwachen und
- 16 zu merken, dass uns damit das gleiche wie vor 93 Jahren bevorsteht.
- 17 In einem Bundesland, in dem die sogenannte „Brandmauer“ der CDU nach rechts nicht nur
- 18 bröckelt, sondern schon längst nicht mehr steht, ist es unsere Pflicht, alles für uns
- 19 Mögliche zu tun, dass diesen gemeinsamen Bestrebungen in unserer Gesellschaft kein
- 20 weiterer Platz geboten wird.
- 21 In einem Bundesland, in dem es nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf Landesebene
- 22 gang und gebe ist, dass CDU und AfD gemeinsame Sache machen, muss es das klare Ziel
- 23 einer LINKEN sein, das stärkste Gegengewicht zu faschistischen und nationalistischen
- 24 Interessen zu sein.
- 25 Die aktuelle Situation erfordert all unsere Kraft. Wir müssen uns mehr bilden,
- 26 organisieren und bewegen, um wieder effektiv der rechten Landnahme eine demokratische
- 27 und solidarische Alternative entgegenzusetzen. Die radikale Rechte baut seit Jahren
- 28 vielerorts sich eigene Hegemonien auf und das leider erfolgreich. Die politische
- 29 Linke wirkt oft angesichts dieser Situation mittlerweile unsichtbar. Wir müssen uns
- 30 strategisch ausrichten, um eine Gegenhegemonie aufzubauen, eigene Narrative zu setzen
- 31 und den öffentlichen Raum zurückzuholen.
- 32 Dafür braucht es mehr als zuvor thüringenweite Vernetzung, Koordination, gegenseitige
- 33 Unterstützung und Solidarität innerhalb der Partei, um auf diese Bedingungen zu
- 34 reagieren.
- 35 Wir müssen altbewährten Konzepten ein Update geben und Neues ausprobieren.
- 36 Mit Blick auf die kommenden Wahlen müssen wir entschlossen handeln und auch eine

- 37 langfristige Strategie für die Jahre danach entwerfen, um die kommenden
38 Herausforderungen innerhalb wie außerhalb zu bestehen.
39 Das bedeutet praktische Solidarität, Sozialberatungen, Organisation an
40 Alltagsproblemen, niedrigschwellige kulturelle Angebote und Aufklärung darüber, wie
41 konkret rechte Politik das Leben der Menschen verschlechtert. Dies müssen stärker die
42 Eckpfeiler unseres Handelns sein.
43 Ein effektiver Antifaschismus bildet sich aus einer Kombination von Aufklärung,
44 Aufbau einer Gegenhegemonie und praktischer Sozialpolitik.
45 Dafür müssen wir uns jetzt alle zusammen und geschlossen einsetzen.
46 Es reicht nicht länger aus, nur Symbolpolitik zu betreiben. Antifaschismus ist mehr
47 als am 08. Mai einen Kranz niederzulegen. Antifaschismus bedeutet, als Partei, als
48 Gesellschaft und als Einzelperson weiterhin laut zu sein. Wir müssen gerade jetzt
49 eingreifen und aufschreien, wenn Rechte versuchen, die Gesellschaft zu spalten,
50 Menschen gegeneinander aufzuhetzen und nationalistische Ressentiments wieder
51 salonfähig zu machen. Sich in jeder Situation dagegengzustellen, in der wir solche
52 Grenzüberschreitungen bemerken, ist aktiver Antifaschismus.
53 Wir dürfen nicht darauf warten, dass andere das für uns übernehmen. Denn wenn wir es
54 nicht tun, macht es niemand.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag A5: Barrierefreie Wohnungen

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. DIE LINKE.Thüringen setzt sich beim Wohnungsneubau für die Förderung eines generellen barrierefreien Neubaus ein. Dadurch ist die nachhaltige Nutzung bis ins hohe Alter möglich.
2. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für die Förderung von barrierefreiem Umbau von DDR-Blöcken ein.

Begründung

Frank Emrich, Verbandsdirektor der Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. benennt die Mehrkosten für barrierefreien Umbau als „Qualitätskosten“. Diese liegen beim barrierefreien Umbau bei ca. zwanzig Prozent. Dies steht in keinem Verhältnis zum Mehrwert der langfristig erreichten Wohnqualität.

Barrierefreies Bauen ist wichtig für alle und nicht nur für Menschen mit Behinderung.

Es ist eine Voraussetzung für ein Selbstbestimmtes Leben.

DDR-Blöcke haben meist einen sehr guten Standort. Geschäfte des täglichen Bedarfs sind oft zu Fuß erreichbar. Gerade für ältere Menschen ist das sehr wichtig.

Wir wollen die explodierenden Baukosten reduzieren und den Neubau von bezahlbaren Wohnungen erreichen.

Deshalb müssen die barrierefreien Mehrkosten mit einem Förderprogramm für die Bau und Wohnungswirtschaft als Gesamtgesellschaftliche Aufgabe beim Land und auch über den Bundesrat gefördert werden.

Quellen:

Regionalkonferenz „Barrierefrei wohnen“ am 11. Oktober 2022 in Bad Langensalza: <https://architekten-thueringen.de/inklusivegestalten/barrierefreiwohnen/>

Antrag A6: Barrierefreiheit im öffentlichen Leben

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 1. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für barrierefreien Tourismus ein. Die Fraktion im
2 Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
 - 3 • Bei der touristischen Radwege-Planung sollen barrierefreie Toilettenanlagen
4 bindend mitgeplant werden. Dies ist in einem Förderprogramm umzusetzen.
 - 5 • Der Um- und Neubau von barrierefreien Zimmern in Hotels, Pensionen und
6 Ferienhäusern soll gezielt gefördert werden.
- 7 2. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für barrierefreien Zugang zu Kultureinrichtungen
8 ein. Die Fraktion im Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
 - 9 • In Förderprogrammen für barrierefreie Umbaumaßnahmen sollen auch die
10 Betriebskosten für Barrierefreiheit einbezogen werden. Die Betriebskosten
11 sind oft der Grund, warum keine Aufzüge realisiert werden können.
- 12 3. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für barrierefreie Gaststätten und Einzelhandel
13 ein. Die Fraktion im Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
 - 14 • Eine gesetzliche Regelung zu schaffen. In dieser sollen die kommunalen
15 Ämter zur Prüfung verpflichtet werden. Sie sollen die Voraussetzungen
16 prüfen, ob und welche Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt werden
17 können. Dafür soll ein geeignetes Förderprogramm aufgelegt werden. Die
18 geförderten Umbaumaßnahmen sollen in einem bestimmten Zeitraum
19 verpflichtend sein.
- 20 4. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für Barrierefreiheit auf Bahnhöfen/Bahnsteigen
21 ein. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit:
 - 22 • Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für eine
23 Änderung bei der Deutschen Bahn einzusetzen. Die Reparatur-Zeiten bei
24 Aufzügen in Bahnhöfen ziehen sich teilweise über ein Jahr. Hier kam es
25 bereits zu zahlreichen Verletzungen und Todesfällen. Diese Situation muss
26 verbessert werden. Die Deutsche Bahn sollte daher einen eigenen
27 Reparaturservice aufbauen.

Antrag A7: Schutz vor Diskriminierungen

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE.Thüringen setzt sich für Diskriminierungsschutz ein.
- 2 1. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit
 - 3 • Sich intensiv mit dem Thema Diskriminierung auseinander zu setzen.
 - 4 • Beim Parteivorstand eine(n) Antidiskriminierungs-Beauftragte(n) für die
 - 5 Bundespartei zu fordern. Dieser darf nicht im Interessenkonflikt stehen.
 - 6 • Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für die
 - 7 Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auszusprechen.
 - 8 • Gemeldete Diskriminierungen sofort an den noch zu benennenden
 - 9 Antidiskriminierungs-Beauftragten der Bundespartei weiterzuleiten. Diese
 - 10 sind streng vertraulich zu behandeln.
- 11 2. Als Landesarbeitsgemeinschaft fordern wir insbesondere die
- 12 Diskriminierungsformen zu erweitern. Deshalb fordern wir die Umsetzung von
- 13 Abschnitt V in der Stellungnahme des Bündnis AGG-Reform. Der Landesparteitag
- 14 beauftragt den Landesvorstand damit
 - 15 • Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für die
 - 16 Erweiterung der Diskriminierungsformen einzusetzen. (Siehe Abschnitt V
 - 17 [https://agg-reform.jetzt/wp-content/uploads/2023/02/2023-02-](https://agg-reform.jetzt/wp-content/uploads/2023/02/2023-02-01_Stellungnahme_Buendnis.pdf)
 - 18 [01_Stellungnahme_Buendnis.pdf](https://agg-reform.jetzt/wp-content/uploads/2023/02/2023-02-01_Stellungnahme_Buendnis.pdf))

Begründung

Diskriminierungen gibt es täglich. Es gibt sie überall. Sowohl in der Gesellschaft, als auch innerhalb unserer Partei.

Diskriminierte Menschen sollen mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) besser geschützt werden. Dieses Gesetz hat zu viele Lücken. Deshalb fordern wir eine Verbesserung.

Fehlende Barrierefreiheit ist eine Form von Diskriminierung. Das muss im Gesetz festgelegt werden. Sexuelle Belästigung ist laut Gesetz nur am Arbeitsplatz eine Diskriminierung. Sexuelle Belästigung ist aber auch in anderen Situationen eine Diskriminierung. Zum Beispiel in der Freizeit, auf der Straße oder im Schwimmbad. Sexuelle Belästigung ist immer eine Diskriminierung, egal wo sie passiert. Das muss im Gesetz klargestellt werden.

Wir fordern eine(n) Antidiskriminierungs-Beauftragte(n) in der Bundespartei. Die Beauftragten im Land (Vertrauenspersonen) haben teilweise Interessenskonflikte. Die Interessenskonflikte bestehen, weil sie als Abgeordnete wieder aufgestellt werden wollen.

Das Gesetz gilt natürlich auch innerhalb unserer Partei. Viele Diskriminierungen werden momentan in unserer Partei nicht ernst genommen. Wir wollen nicht, dass Probleme mit Diskriminierung nach außen getragen werden. Um diese Probleme intern zu klären braucht es eine(n) unabhängige(n) Antidiskriminierungs-Beauftragte(n). Betroffenen bleiben momentan nur Möglichkeiten, die wir nicht

wollen. Betroffene können aus der Partei austreten. Betroffene können den offiziellen Rechtsweg nutzen.
Das sind aber keine guten Lösungen.

Quellen:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes: <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ueber-diskriminierung/recht-und-gesetz/allgemeines-gleichbehandlungsgesetz/allgemeines-gleichbehandlungsgesetz-node.html>

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd): <https://agg-reform.jetzt/>

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd): https://agg-reform.jetzt/wp-content/uploads/2023/02/2023-02-01_Stellungnahme_Buendnis.pdf

Antrag A8: Rettet die Schwimmbäder

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 „Schwimmbäder zu erhalten, ist ein Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.“ DIE
2 LINKE.Thüringen unterstützt die Forderung der Partei-Vorsitzenden. Schwimmbäder
3 müssen erhalten bleiben. Für alle Kinder sollte der Eintritt kostenfrei sein.
- 4 **„Denn alle Kinder verdienen die gleiche Chance und es muss sichergestellt werden,
5 dass alle Kinder schwimmen können!“ So heißt es auf der Seite der Linken unter „SOS-
6 Seepferdchen“**
- 7 Deshalb fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention (UNBRK). Die
8 Schwimmbäder müssen barrierefrei ausgestaltet werden. Nur so können alle Kinder
9 gleichberechtigt teilnehmen.
- 10 *UN-Behindertenrechts-Konvention Artikel 30 Absatz 5d:*
11 *Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an*
12 *Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die*
13 *Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Kinder mit*
14 *Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit-*
15 *und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;*
- 16 Wir stellen daher folgende Forderungen an die Landesregierung:
- 17 • Kostenfreien Eintritt für alle Kinder in Schwimmbäder
18 • Barrierefreie Ausgestaltung aller Schwimmbäder
19 Hierfür sind Fördermittel bereitzustellen.

Begründung

Schwimmbäder müssen für alle Menschen zugänglich sein. Auch für Menschen mit Behinderungen und arme Menschen. Deshalb soll für alle Kinder der Eintritt in Schwimmbäder kostenfrei sein.

Menschen mit Behinderungen haben oft Schwierigkeiten ins Schwimmbad zu gehen. Viele Schwimmbäder sind nicht barrierefrei. So können nicht alle Menschen teilhaben. Deshalb fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention.

Neben dem genannten Artikel 30 gibt es noch weitere Artikel in der UN-Behindertenrechts-Konvention.

Im Artikel 7 Absatz 1 heißt es: *„Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.“*

Außerdem treffen noch Artikel 9 Absatz 1a (Zugänglichkeit) und Artikel 24 Absatz 1 (Bildung – Schwimmunterricht) zu.

Quellen:

DIE LINKE. <https://www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/umsteuern/sos-seepferdchen/>

Video von Janine Wissler <https://www.facebook.com/linkspartei/videos/1801390473608899>

UNBRK https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/CRPD/CRPD_Konvention_und_Fakultativprotokoll.pdf

Antrag A9: Keine Rendite mit der Miete

Antragsteller*in:	Julian Degen, Ute Lukasch, Anja Müller, Mathias Günther, Sabine Günther, LAG Seniorenpolitik
Status:	in Bearbeitung

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den wachsenden
2 Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Hinzu kommen immer mehr
3 ältere Menschen in ganz Thüringen, die barrierefreien und preiswerten Wohnraum
4 benötigen. Im ländlichen Raum gibt es in den Dorfkernen eine Vielzahl an
5 leerstehendem und/oder sanierungsbedürftigem Wohnraum. Die Landesregierung fördert
6 eine lebendige Stadt- und Dorfentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen
7 Mischung – ebenso wie eine vielfältige und bedarfsgerechte Infrastruktur. Dazu
8 braucht es eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene und ausreichend bezahlbare
9 Wohnungen für alle Menschen. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert,
10 sondern auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet. DIE LINKE.
11 Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare
12 Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land,
13 zu schaffen. Wir greifen dazu auf alle Instrumente zurück, die der Landesregierung
14 zur Verfügung stehen, um die Kommunen hierbei zu unterstützen. Neben einer
15 notwendigen Mietpreisbremse könnte weiterhin über genossenschaftlichen und kommunalen
16 Wohnungsbau sowie den sozialen Wohnungsbau Einfluss auf Mietpreise genommen werden.
17 Durch den umfangreichen Bedarf an der notwendigen energetischen Sanierung vieler
18 Wohnräume steigt der Druck auf die Mieten weiter an. Um auch deshalb steigende Kosten
19 für Wohnraum zu verhindern, bedarf es der Abschaffung der Modernisierungsumlage,
20 damit die Kosten für die notwendige energetische Sanierung nicht auf die Mieter:innen
21 umgelegt werden kann. Denn für DIE LINKE. Thüringen ist klar, dass es eine
22 energetische Transformation des Wohnungsbestandes braucht, sie aber sozialverträglich
23 sein muss. Zur Unterstützung der Kommunen beim sozialen Wohnungsbau und bei der
24 Sanierung des Bestandes prüft das Land verschiedene Möglichkeiten. So zum Beispiel
25 die Errichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft, die Zusammenlegung kleinerer
26 Wohnungsbauunternehmen zu regionalen Wohnungsbau-Clustern, einen Schuldenschnitt bzw.
27 -erlass für kommunale und nichtgewinnorientierte Wohnungsunternehmungen zu Gunsten
28 der energetischen Sanierung

Begründung

Erfolgt mündlich auf dem Landesparteitag.

Antrag A10: Quereinsteiger unkomplizierter als Lehrer qualifizieren

Antragsteller*in:	Sonja Ruschke, Sebastian Bach
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Thüringen mangelt es nach wie vor an Lehrkräften und die anstehende Welle von
- 2 altgedienten Lehrer*innen, die bald in den Ruhestand gehen, wird die Lage weiter
- 3 verschärfen. Es werden zwar inzwischen auch zunehmend Quereinsteiger*innen
- 4 eingestellt, doch ohne pädagogische Nachqualifizierung bleibt dieser Weg versperrt.
- 5 DIE LINKE sollte daher alles daran setzen, weitere Quereinsteiger, die den
- 6 Lehrerberuf gerne ausüben würden, aber nicht dürfen, entsprechend zu qualifizieren
- 7 und die dafür nötige pädagogische Grundausbildung zu finanzieren.

Begründung

Es stimmt zwar, dass R2G in den letzten Jahren hunderte neue Lehrer eingestellt hat, doch dies gleicht maximal die Abgänge aus. Viele Menschen würden gern als Quereinsteiger in den Lehrerberuf wechseln, scheitern jedoch an der Finanzierung einer pädagogischen Nachqualifizierung. Die Arbeitsämter und Jobcenter finanzieren die Qualifizierung nur dann, wenn eine Einstellzusage vorliegt, wohingegen die Schulen erst eine Einstellzusage geben, wenn die Qualifikation bereits vorliegt. Ein Teufelskreis!

Um diesen zu durchbrechen, muss das Land ein Förderprogramm aufsetzen, mit denen sich Quereinsteiger unkompliziert für den Lehrerberuf qualifizieren können. Es kann und darf nicht sein, dass Thüringen einerseits neue Lehrkräfte sucht, aber dann diejenigen im Stich lässt, die sich die Nachqualifizierung nicht leisten können. Lehrermangel auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite ist beides nicht hinnehmbar!

Antrag A11: Radwegenetz ausbauen

Antragsteller*in:	Sonja Ruschke, Sebastian Bach
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Um die Verkehrswende voranzutreiben, muss nicht nur der ÖPNV ausgebaut werden,
- 2 sondern auch das Radwegenetz. Fahrradfahren ist mit Abstand die umwelt- und
- 3 klimafreundlichste Fortbewegungsweise. Um diese uneingeschränkt nutzen zu können,
- 4 muss jedoch gewährleistet werden, dass man überall sicher mit dem Rad hinfahren kann,
- 5 egal ob in der Stadt oder über Land.

Begründung

Nach zwei Legislaturperioden R2G in Thüringen gibt es immer noch große Lücken im landesweiten Radwegenetz. Nicht einmal rund um die Hauptstadt kann man uneingeschränkt und gefahrlos von Stadt zu Stadt gelangen. Auf der Strecke von Erfurt nach Gotha führt z. B. zwischen Frienstädt bis zur Landstraße nach Neudietendorf nur ein Feldweg, der bei Regen unpassierbar wird. Zwischen Dörfern wie Grabsleben und Großbrettbach oder Wandersleben und Seebergen hilft nur das Ausweichen auf teils unübersichtliche Landstraßen, auf denen häufig Raser unterwegs sind. In vielen Städten sieht es nicht besser aus, wobei dort vor allem Kreuzungen Gefahrenpunkte darstellen. Die Zustände sind für Radfahrer teils lebensgefährlich! Dieser Missstand muss dringend behoben werden.

Es sollte für DIE LINKE in Regierungsverantwortung eigentlich kein Problem sein, derartige Projekte mit den aktuellen Koalitionspartnern voranzutreiben. Vor allem die Grünen müssten leicht davon zu überzeugen sein. Wenn Thüringen einen Beitrag zu den Klimazielen leisten will, sollte klimaneutrale Fortbewegung Priorität haben.

Antrag A12: Werkstätten für Menschen mit Behinderung

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, in der Teilhabekommission eine
- 2 Änderung der aktuell im Landesrahmenvertrag des Freistaates Thüringen nach § 131 Abs.
- 3 1 SGB IX vom 01.06.2019 (LRV 2019) geltenden Regelung zur sogenannten
- 4 „vorübergehenden Abwesenheit“ (Abwesenheitsregelung) zu initiieren. Das Ziel der
- 5 Änderung soll sein, dass die Erbringer von Leistungen der Eingliederungshilfe eine
- 6 deutlich höhere Vergütung von Abwesenheitstagen der Klienten erhalten.
- 7 Eine Änderung könnte zum Beispiel für Werkstätten so aussehen, wie im
- 8 Landesrahmenvertrag von Sachsen-Anhalt:
- 9 Bis zum 60. Tag den vollen Tagessatz. Ab dem 61. Tag 50 % des normalen Tagessatzes.
- 10 Für Beschäftigte mit 5 Tagen Zusatzurlaub wegen einer Schwerbehinderung beginnt die
- 11 Kürzung des Tagessatzes erst ab dem 66. Tag.
- 12 Die Abwesenheitsregelungen für die anderen im LRV 2019 geregelten Leistungsangebote
- 13 (z.B. Tagesstätten und Wohneinrichtungen) und insbesondere auch für
- 14 Integrationsplätze in integrativen KiTas sollen mit derselben Zielsetzung neu
- 15 verhandelt werden. Die Neuverhandlungen sollen explizit nicht auf das Ende des
- 16 Übergangszeitraums nach § 14 verschoben werden, das kürzlich auf Ende 2026 verlegt
- 17 wurde, sondern möglichst zeitnah geschehen.

Begründung

Werkstätten für Menschen mit Behinderung haben ein Problem bei einer „vorübergehenden Abwesenheit“ der Beschäftigten von mehr als 55 Tagen.

Geregelt wird diese im § 20 Abs. 4 LRV 2019 in Verbindung mit § 21 Landesrahmenvertrag nach § 79 Abs. 1 SGB XII des Freistaates Thüringen vom 01.09.2005.

Diese Regelung gibt es schon mindestens seit 2001 und wurde schon oft kritisiert.

Abwesenheit besteht nicht nur bei Krankheit, sondern auch bei Urlaub (etwa 30 oder bei Schwerbehinderung 35 Tage Urlaub pro Jahr).

Bei mehr als 55 Tagen Abwesenheit (insgesamt aufs Jahr verteilt) wird nur noch der Investitionsbetrag (ca. 5 % des normalen Tagessatzes) gezahlt.

20 bzw. 25 Kranktage sind schnell erreicht.

Dies kann zum Beispiel passieren wegen

- einer OP oder einem Unfall
- psychischer Erkrankungen
- einer stationären Medikamentenumstellung

Die Kosten für die Werkstätten sind auch bei Abwesenheit annähernd gleich hoch, weil der Werkstattplatz freigehalten wird.

Werkstätten haben bei der Finanzierung bzw. Personalplanung große Schwierigkeiten, weil Sie nicht wissen, wie viel Geld am Ende des Jahres durch Abwesenheitszeiten wegfällt.

Quellen:

Landesrahmenvertrag des Freistaates Thüringen nach § 131 Abs. 1 SGB IX vom 01.06.2019

Landesrahmenvertrag des Freistaates Thüringen nach § 79 Abs.1 SGB XII vom 01.09.2005

Anlage 03 zum Landesrahmenvertrag Sachsen-Anhalt nach §131 SGB IX

Antrag A13: Digitalisierung als grundlegender Bestandteil eines zukunftsfähigen Unterrichts

Antragsteller*in:	Kreisverband Hildburghausen
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Schulen in Thüringen sind noch nicht ausreichend für das digitale Zeitalter
- 2 gerüstet. Dies betrifft nicht nur die Lehrmethoden und Unterrichtsinhalte, sondern
- 3 auch die technische Ausstattung.
- 4 Die Erfahrungen während der Corona-Pandemie haben deutlich gezeigt, dass erhebliche
- 5 Defizite in Bezug auf technische Ausstattung und pädagogisch Umsetzung bestehen.
- 6 Unsere Schüler:innen werden in ihrem zukünftigen Arbeits- und Privatleben
- 7 zwangsläufig mit der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft konfrontiert
- 8 sein. Die Schule bereitet sie jedoch nicht ausreichend darauf vor – interaktive
- 9 Tafeln und WLAN an Schulen allein reichen nicht aus. Und auch die vorgelegte neue
- 10 Thüringer Schulordnung und das angestrebte neue Schulgesetz tragen der
- 11 Digitalisierung nur unzureichend Rechnung.
- 12 **Digitale Lernplattform ausbauen**
- 13 Lehrkräfte sollen die Möglichkeit haben, Schüler:innen digital mit Aufgaben und
- 14 Lernmaterial zu erreichen. Um gute digitale Unterrichtsangebote zu ermöglichen, muss
- 15 eine solche Lernplattform über die bisherigen Funktionen der Thüringer Schulcloud
- 16 hinausgehen. Das Einstellen von Aufgaben für einzelne Klassen und Kurse reicht nicht
- 17 aus. Eine Möglichkeit zur Bereitstellung von On-Demand Videos muss ebenso zentraler
- 18 Bestandteil sein wie Live-Stream-Angebote mit Aufzeichnungsfunktion.
- 19 Außerdem könnten digitale Abstimmungstools, Foren und ähnliche
- 20 Interaktionsmöglichkeiten anonyme Möglichkeiten schaffen, Feedback zum Unterricht zu
- 21 geben. Dies kann hilfreich sein, um Fragen der Schüler:innen zu klären, die sich dies
- 22 sonst nicht trauen würden.
- 23 Digitale Tests könnten helfen, Wissenslücken der Schülerinnen und Schüler
- 24 automatisiert zu erkennen und einen individualisierten Unterricht zu ermöglichen.
- 25 Natürlich kann eine Lernplattform die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern nicht
- 26 ersetzen. Sie kann aber entlasten und Raum für persönliche Betreuung der
- 27 Schüler:innen schaffen.
- 28 Neben von Lehrkräften individuell für ihre Klassen erstellten Angeboten soll die
- 29 Plattform qualitativ hochwertige Angebote entsprechend dem Lehrplan zur Verfügung
- 30 stellen, auf die Lehrkräfte und Schüler:innen jederzeit zugreifen können. So kann
- 31 auch in Zeiten hohen Unterrichtsausfalls ein Lernfortschritt erzielt werden. Darauf
- 32 kann später aufgebaut werden.
- 33 **Digitale Bildung auch für Lehrkräfte**
- 34 Lehrkräfte müssen im Umgang mit digitalen Medien geschult werden. Ihnen muss
- 35 vermittelt werden, wie eine sinnvolle Einbindung in den Unterricht aussehen kann.
- 36 Eine grundlegende Technikausbildung sollte Teil der Lehramtsausbildung sein, um den

37 Unterricht zeitgemäß gestalten zu können.

38 Fest steht: Lehrer:innen können nicht zu digitalen Unterrichtsmethoden gezwungen
39 werden. Vielmehr müssen ihnen deren Vorteile aufgezeigt werden. Nur so kann ein
40 Unterricht gelingen, in dem analoge und digitale Unterrichtsformen eine Gesamtheit
41 bilden. Damit kann Unterricht mit den Anforderungen des realen Lebens Schritt halten
42 kann.

43 **Lernmittelfreiheit konsequent umsetzen**

44 Die kostenfreie Bereitstellung von Endgeräten wie Laptops oder Tablets für
45 Schülerinnen und Schüler ist entscheidend. So kann auch in Zeiten der Digitalisierung
46 Bildungsgerechtigkeit zu gewährleistet und diese sogar weiter gestärkt werden. An
47 keiner Stelle dürfen dabei zu erwartende Kosten Einfluss auf die Entscheidung für
48 oder gegen einen Bildungsweg haben.

49 **Digitale Infrastruktur ist Grundvoraussetzung**

50 Die IT-Infrastruktur an Schulen muss ebenfalls verbessert werden. Das darf nicht
51 Aufgabe der Schulen sein, um diese noch weiter zu belasten. Professionelle Betreuung
52 und eine Anbindung ans Glasfasernetz sind selbstverständliche Grundlagen, um eine
53 reibungslose Nutzung digitaler Ressourcen zu ermöglichen. Dazu gehören neben WLAN,
54 das jedes Klassenzimmer und jeden Freizeitraum erreicht, auch Datenbanksysteme und
55 die entsprechenden Sicherheitssysteme, wobei insbesondere auf Datenschutz geachtet
56 werden muss.

57 **Notwendige Fähigkeiten wandeln sich**

58 Grundlagen im Programmieren sind inzwischen wichtiger Teil vieler Berufe.
59 Insbesondere ist das Programmieren mittlerweile Bestandteil aller Studiengängen, die
60 auch nur im Entferntesten etwas mit Naturwissenschaften oder wirtschaftlichen
61 Disziplinen zu tun haben. Den Platz, den Informatik in der Schule, ist daran gemessen
62 zu gering. Soft-Skills wie Medienkompetenz müssen weiter fächerübergreifend
63 vermittelt werden. Solche Inhalte können schon im Grundschulalter spielerisch gelehrt
64 werden, sodass eine Einarbeitung in den Grundschulplan empfehlenswert ist.

65 **Schüler:innen nicht überfordern**

66 Die Möglichkeit, den Lernenden auch außerhalb des Unterrichts Lernstoff zur Verfügung
67 zu stellen, darf nicht dazu führen, dass sich der ohnehin schon vollgepackte
68 Stundenplan noch auf die Freizeit ausbreitet. Lehrkräfte sollten diese Möglichkeiten
69 nicht als zusätzliches Angebot zu den bisher praktizierten Unterrichtsmethoden
70 verstehen. Insbesondere Kinder, die eventuell Probleme mit eigenständiger
71 Arbeitsweise oder digitalen Geräten haben, laufen Gefahr, erheblichen Mehraufwand zu
72 haben.

73 Hier zeigt sich, worin die große Herausforderung des Themas besteht: Funktioniert ein
74 Zahnrad des Getriebes aus Lerninhalten, Software, Hardware und pädagogischer
75 Begleitung nicht, droht die notwendige Digitalisierung des Bildungswesens zu
76 scheitern. Sie muss daher im Zusammenhang gedacht und umgesetzt werden.

Antrag A14: Der soziale Freistaat

Antragsteller*in:	Ulrike Grosse-Röthig, Helmut Holter, Mandy Eißing, Michaela Sojka, Gabi Ohler, Frank Schenker, Katja Seiler, Jana Prochnow, Nicole Grießbach, Birgit Pommer, Jasmin Hoffmann, René Kolditz, Lilly Schwarzer, Gudrun Wolfram, Jens Thomas, Philipp Müller
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Wir entwickeln Thüringen fort zu einem modernen Sozialstaat, in dem Familien, Jüngere**
- 2 **und Ältere, die Thüringerinnen und Thüringer alles vor[?]nden, was sie für ein**
- 3 **sicheres, geborgenes und zukunftsfestes Leben benötigen.**
- 4 **Wir wollen, dass die Bildungsinfrastruktur zur Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und**
- 5 **Ländern wird.**
- 6 Das alles machen wir, weil wir eine große „Thüringer Familie“ sind. Und Familien
- 7 halten zusammen. Wir tragen dazu bei, was wir können. Für Kinder und Jugendliche, die
- 8 neugierig ihren Weg gehen wollen; für Azubis und Ausbilder, für Studierende und
- 9 Lehrende, die Thüringen stark machen; für Lehrerinnen und Betreuer, unsere Thüringer
- 10 Zukunftsexpertinnen, für die Familien, die Eltern und Großeltern, ohne die in unserem
- 11 Thüringen nichts laufen würde, die sich kümmern, die anpacken, die zusammenhalten.
- 12 Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die oft erste Ansprechpartner in Nöten
- 13 aller Art, nicht nur für Heranwachsende sind. Und die es verdient haben, dass wir uns
- 14 politisch auch jeden Tag reinhängen, wie sie es für uns tun, für die „Thüringer
- 15 Familie“, für die Zukunft unserer Kinder, für das Land.
- 16 Niemand sagt, dass das einfach ist. Aber die „Thüringer Familie“ kann sich darauf
- 17 verlassen, dass wir alles geben, um unseren Beitrag zu leisten. Seit fast zehn
- 18 Jahren, haben wir als Zuhörer, als Partner, als Wegfreimacher für die „Thüringer
- 19 Familie“ schon eine Menge erreicht. Im frühkindlichen Bereich haben wir zwei
- 20 beitragsfreie Kindergartenjahre umgesetzt und über eine Erhöhung der
- 21 Betreuungsschlüssel mehr Erzieherinnen und Erzieher die Kindergärten gebracht. Um die
- 22 Nachwuchsgewinnung für den ErzieherInnenberuf zu verbessern, haben wir die aus Baden-
- 23 Württemberg stammende praxisorientierte Ausbildung auch in Thüringen eingeführt. Im
- 24 schulischen Bereich haben wir den Schulhort wieder an die Grundschulen zurückgeführt,
- 25 die Beschäftigungsanteile der Hortnerinnen und Hortner angehoben, das Einkommen für
- 26 Grund- und Regelschullehrer an das der Gymnasiallehrer angeglichen, die
- 27 Personalabbaupläne der CDU für den Bildungsbereich ausgesetzt und stattdessen die
- 28 Zahl der Lehrkräfte erhöht. Wir haben Verwaltungsassistenzen an den Schulen möglich
- 29 gemacht, damit sich Lehrerinnen und Lehrer wieder auf Bildung konzentrieren können.
- 30 Auf die Auswirkungen der Pandemie und des Russland-Ukraine-Krieges haben wir mit
- 31 Abmilderungsregelungen, Energiezuschüssen und Entlastungsmaßnahmen reagiert und so
- 32 zur Bewältigung der Folgen beigetragen.
- 33 Das machen wir nicht nur für Bilanzbroschüren, sondern das machen wir, weil Familien
- 34 zusammenhalten. Die Eltern, die den Laden im Alltag schmeißen; die Lehrerin, die für
- 35 Zukunft sorgt, der Schüler, der nicht nur paukt, sondern im Verein engagiert ist, die

36 Schülerin, die Kurse für das Seepferdchen beim DLRG gibt und die schon jetzt so viel
37 zurückgeben, die Auszubildende, die unsere Wirtschaft stärker macht, der Busfahrer,
38 der dafür sorgt, dass beim Klingelzeichen alle da sind, die Köchin, die täglich den
39 Treibstoff für die neugierigen Köpfchen zubereitet, die Oma, die bei den Hausaufgaben
40 hilft und alle anderen, die Thüringen stark und lebenswert machen - für die machen
41 wir das.

42 Das reicht uns noch nicht aus, wir sind noch auf dem Weg. Wir wollen einen
43 Sozialstaat im Thüringer Modell.

44 Linke Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen. Zur linken Politik gehören auch
45 die großen Visionen. Was wir machen, machen wir ja auch, weil wir wissen, dass es
46 hinterm Horizont weitergeht. Immer weiter Richtung bessere Welt, sichere Zukunft. Das
47 treibt uns an. Weil wir wissen, wenn wir für Sicherheit im Wandel sorgen, dass
48 Veränderung auch ein Versprechen ist, in dem Hoffnung liegt.

49 Bodo, unser Ministerpräsident, hat für den Bildungsbereich unseren Grundsatz so
50 formuliert: »Bildung und Betreuung müssen beitragsfrei sein. Vom Kindergarten bis zum
51 Meister oder Master.« Wir haben noch viel vor.

52 Aufbauend auf dem, was wir für die „Thüringer Familie“ schon beitragen durften,
53 wollen wir eine echte Kindergrundsicherung. Darunter verstehen wir eine echte
54 Lernmittelfreiheit, egal ob Tablet oder Schulbuch, egal ob Arbeitsheft oder
55 Taschenrechner.

56 Darunter verstehen wir die kostenfreie Nutzung von Bus und Regionalbahn, damit der
57 Weg zum Freibad nicht zum Problem wird. Darunter verstehen wir ein kostenfreies
58 Mittagessen für jedes Kind im Land, denn viel zu viele Kinder müssen aus
59 Kostengründen darauf verzichten.

60 Darunter verstehen wir kostenfreie Ferienangebote, die Familien entlasten und
61 Horizonte erweitern. Darunter verstehen wir auch, dass vom Kindergarten bis zum
62 Meister oder Master eben keine Gebühren anfallen. Das Geld wird in den Familien nötig
63 gebraucht, um den immer teurer werdenden Alltag zu finanzieren.

64 Gute Bildung ist für uns mehr als ein dreistufiges Schulsystem

65 Gute Bildung findet an einem Ort statt, an dem sich alle wohlfühlen und in einem
66 System, in dem nicht bereits in der Mitte des 4. Schuljahres über die Zukunft eines
67 Kindes entschieden wird.

68 Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr
69 Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.

70 Schule ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund
71 beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme
72 und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie
73 Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-
74 Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche
75 Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen
76 Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule
77 können nicht die Lösung sein.

78 Wir wollen, dass im Grundgesetz als primäre Gemeinschaftsaufgabe die Verbesserung der
79 Bildungsinfrastruktur in den Artikel 91a Abs.1 GG eingefügt wird, denn für uns stehen

80 Bildung und Zukunft an erster Stelle.

Antrag A15: Kitas zukunftsfest gestalten

Antragsteller*in:	Felix Osterloh, Florian Demmler
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Thüringen der Partei DIE LINKE setzt sich für eine Überarbeitung
- 2 des Paragraphen 15 und Paragraphen 16 Absatz 2 des Thüringer Kindergartengesetz
- 3 (ThürKigaG) sowie die Finanzierungsgrundlagen anzupassen ein. Meldungen über
- 4 eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-
- 5 Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen.
- 6 Außerdem werden die in Paragraf 15 geregelten räumlichen Ausstattungen verbessert und
- 7 im Sinne einer individuellen Betreuung und Förderung angepasst.

Begründung

Am 11. Mai 2023 berichtete die OTZ über 500-600 unbesetzte Kita-Plätze in Jena. Ebenso vermeldete Weimar eine voraussichtliche Schließung von 3 Kindergärten, aufgrund von zu vielen Plätzen. Bereits die GEW Thüringen kritisierte dieses Vorhaben und schlug stattdessen vor die „Rahmenbedingungen zu verbessern, den Stillstand bei der Erhöhung der Personalschlüssel zu beenden [...] und Kindern [...] endlich mehr als zweieinhalb Quadratmeter Platz zur Verfügung [zu stellen].“ Die Ausgangslage, dass zu viele Kita Plätze vorhanden sind muss als Chance begriffen werden zum einen die Arbeitsbedingungen der Angestellten zu verbessern sowie eine optimale Betreuung und Förderung der Kinder zu gewährleisten. Denn „Einrichtungen zu verkleinern oder gar zu schließen, sobald die Kinderzahlen zurückgehen, hat viel mit betriebswirtschaftlichem Denken, aber wenig mit pädagogischer Expertise zu tun.“

Vorausgehend für die Überarbeitung der Paragraphen 15 und 16 Absatz 2 ist eine Anpassung der Finanzierungsgrundlage für Kitas, wie sie auch von der GEW Thüringen gefordert wird.

Antrag G1: Thüringen ist Chancenland

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Thüringen ist ein Land der Chancen. Wir wollen dieses Land in der Thüringer Familie**
- 2 **gestalten, Sicherheit im Wandel geben und jene unterstützen, die hier ihr Leben**
- 3 **haben, sowie jene, die ihre Zukunft hier sehen und jene, die dieses Land zu dem**
- 4 **gemacht haben, was es heute ist. Unser Thüringen.**
- 5 Thüringen ist ein Land der Chancen. Damit das so bleibt, braucht es weiterhin einen
- 6 starken linken Gestaltungswillen. Thüringen hat eine gute Entwicklung genommen. All
- 7 jene, die hier leben, ein Zuhause aufgebaut haben, oder finden, all jene, die in den
- 8 letzten Jahrzehnten daran mitgewirkt haben oder in den kommenden daran mitwirken
- 9 wollen, haben daran Anteil. Diese Thüringer Familie, dieses "Wir" aller, die hier
- 10 leben, macht uns aus. 2024 werden die Weichen für die Zukunft in Thüringen gestellt.
- 11 In Zeiten der Krisenbewältigung geht es jetzt darum, wie dieses Land in 10 oder 20
- 12 Jahren aussehen wird. Die Krisen der letzten Jahre und der aktuellen Zeit haben uns
- 13 gezeigt, wie wichtig es ist, sich aufeinander verlassen zu können.
- 14 Bei allen unterschiedlichen Ideen und Vorstellungen soll klar sein: Nicht mehr Krise
- 15 und Angst, sondern Sicherheit, Zuversicht und Mut sollen den Alltag der Menschen in
- 16 Thüringen prägen. Dazu braucht es sichere Anker, auf die man sich verlassen kann. Im
- 17 Alltag, im Beruf, in der Familie, in der Kindheit, in der Jugend oder im Alter, egal
- 18 ob hier aufgewachsen oder zugezogen. Uns umeinander kümmern, sich auf jemanden
- 19 verlassen können, gemeinsam dieses Land gestalten, damit es Zuhause bleibt oder wird,
- 20 das ist DIE LINKE. Thüringen, das ist Bodo Ramelow.
- 21 Sicherheit im Wandel geben, damit, anders als nach der Wiedervereinigung, nicht
- 22 jede:r allein schauen muss, wo er oder sie bleibt. Die anstehenden Veränderungen sind
- 23 herausfordernd, aber wir können sie bewältigen, wenn wir sie sozial gerecht
- 24 gestalten. Wir wissen, wie es anders gehen muss, denn DIE LINKE kämpfte mit um den
- 25 Erhalt der Substanz, als das soziale und wirtschaftliche Fundament Thüringens vor 30
- 26 Jahren zum Ausverkauf stand und Betriebe geschlossen wurden. Dieses Wissen und die
- 27 Erfahrungen im Hinterkopf, gestalten wir nun seit neun Jahren dieses Land. Wir
- 28 arbeiten mit Vielen aus Vereinen, Bündnissen, Gewerkschaften, Unternehmen,
- 29 öffentlichen Einrichtungen, also Expert:innen und Macher:innen, deren Herz für die
- 30 Menschen um sie herum schlägt, um Thüringen besser zu machen.
- 31 "Besser" bedeutet für uns gerechter. Denn bei aller Unterschiedlichkeit gibt es
- 32 diesen gemeinsamen Kern: Jede:r soll hier gut aufwachsen, von der Arbeit gut leben
- 33 können und im Alter abgesichert sein. Dazu müssen nicht nur der Geldbeutel, sondern
- 34 auch die öffentliche Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung, die
- 35 Bildungseinrichtung, der Arbeitsplatz oder die öffentliche Verwaltung stimmen.
- 36 Das ist es, was viele zurecht erwarten von einer Politik, die Handlungsfähigkeit und
- 37 Vertrauen ausstrahlt. Menschen sorgen sich darum, ob der nächste Einkauf noch im
- 38 Budget drin ist. Eine ganze Generation geht laut auf die Straße, weil sie angesichts

39 der Klimakrise um ihre und unser aller Zukunft besorgt ist. Menschen haben Fragen,
40 wie wir den demografischen Wandel, der sich auf der Suche nach dem nächsten Arzt oder
41 der Handwerkerin zeigt, steuern werden, anstatt ihn laufen zu lassen. Im Alter fragen
42 sich Menschen, wie sie ihren Alltag noch selbst bestimmen und dabei nicht jeden Cent
43 zweimal umdrehen müssen. Die Menschen fragen: „Und wo bleiben wir?“ Viele fragen
44 sich, wie wir es schaffen, all jenen, die eine neue Arbeit suchen oder unfreiwillig
45 aufgrund von Krieg, Klimaveränderung oder Armut ihr Zuhause verlassen müssen, hier
46 gut und sicher leben können.

47 Wir hören davon, wenn wir an den Haustüren sind und fragen: „Wo drückt der Schuh?“.
48 Wenn wir klingeln, uns vorstellen und zuhören, erleben wir die Sorgen irgendwo
49 zwischen Weltpolitik und Wünschen für das eigene Viertel oder das Dorf. Wir sind
50 unterwegs und bei den Menschen, weil wir daraus Unterstützung und konkrete gemeinsame
51 Politik entwickeln wollen. Bekommen wir die Info, dass im Viertel Bänke fehlen,
52 tragen wir das Anliegen in den Stadtrat und besorgen welche. Hören wir, dass das Geld
53 nicht reicht, um die Miete oder die Ölheizung zu bezahlen, bieten wir Unterstützung
54 an. Denn viele wissen gar nicht, welche Hilfen und Unterstützung der Staat
55 bereithält, auch wenn sie sich nicht als arm bezeichnen würden. Hören wir davon, dass
56 der Arbeitsplatz beim Zuliefererbetrieb in Gefahr ist, suchen wir den Kontakt zu
57 Gewerkschaften, um zusammenzustehen und in den Konzernchefetagen zu zeigen, dass es
58 nicht um Zahlen, sondern Menschen geht. Das machen wir nicht für uns selbst. Das
59 machen wir auch, um Distanz abzubauen und den vielen Menschen in diesem Land wieder
60 ein Gefühl dafür zu geben, dass Politik nichts weit Entferntes, sondern etwas ganz
61 Konkretes vor Ort ist, was helfen kann und gemeinsam zu gestalten ist. Dass Menschen
62 aus „der Politik“ für sie da sind und eine Bank aufstellen oder gemeinsam für
63 klimagerechte Arbeitsplätze oder ein Bleiberecht kämpfen.

64 Nur nahbar und transparent, mit der Möglichkeit zur Beteiligung, können wir
65 verhindern, dass Politik als ein abgehobener Betrieb betrachtet wird und jene davon
66 profitieren, die aus Distanz und Krise Kapital schlagen wollen. Und zwar nur für
67 sich, indem sie Verteilungskämpfe zwischen Arm und Reich zu Abgrenzung ummünzen
68 zwischen einem „nationalen Wir“ und „den Anderen“. Verteilungsgerechtigkeit in allen
69 Fragen, von der Klimapolitik, der Stärkung des Öffentlichen oder einer offenen
70 Gesellschaft, schaffen wir, wenn wir Politik so verändern, dass sie umverteilt: von
71 den Wenigen zu den Vielen, von oben nach unten. So können wir Zukunft gestalten und
72 ohne Angst über sie reden.

73 Wir haben in Thüringen schon viel erreicht. Diesen Weg setzen wir fort. Auch wenn wir
74 uns selbst manchmal ungeduldig wünschen, dass es schneller gehen möge, müssen wir
75 darauf achten, dass dabei niemand auf der Strecke bleibt. Schon jetzt kämpfen wir für
76 eine LINKE, die als stärkste Kraft dieses Land mit Bodo Ramelow gestaltet. Wir
77 kämpfen für klare politische Mehrheiten, die es möglich machen, unsere Ziele linker
78 Politik nicht gegen den Dauervorbehalt einer konservativen, marktverliebten oder
79 extrem rechten Opposition zu stellen. Vieles, was wir vorhaben, können wir nur
80 schaffen, wenn wir auch neue finanzielle Wege gehen. Denn Zukunft lässt sich nicht
81 mit der schwarzen Null gestalten. Wo kostenfreie Bildung draufsteht, muss
82 öffentliches Geld drin sein. Wo klimagerechte Investitionen notwendig sind, muss Geld
83 schneller fließen im Kampf gegen die Zeit. Wo Gesundheit, Wohnen und Mobilität
84 gerecht und für jeden und jede zugänglich sein soll, muss die öffentliche Hand

85 Rahmenbedingungen schaffen. Demokratie, soziale und klimagerechte Politik sowie eine
86 starke Gesellschaft gibt es nicht zum Nulltarif.

87 Deshalb werden wir ein Regierungsprogramm erarbeiten, mit dem wir die Fragen und
88 Sorgen unserer Zeit mit Ideen für die nächsten Generationen beantworten. Wir haben
89 dazu Vereine, Verbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Akteurinnen und
90 Institutionen eingeladen, um gemeinsam mit uns über Lösungen für die Zukunft zu
91 reden. Für uns gibt es einen klaren Auftrag: Wir gestalten Gegenwart und Zukunft!

92 **Sozialstaat Thüringer Modell:** Mit unserer Idee vom Sozialstaat und der
93 Kindergrundsicherung nach „Thüringer Modell“ gehen wir einen klaren Weg der sozialen
94 Gerechtigkeit von Anfang an. Das fängt mit der Bildung an. Während die Ampel bei der
95 Kindergrundsicherung zusammenstreicht, Sprachkitas und Ausbildungsförderung kürzen
96 will, setzen wir auf Beitragsfreiheit. Wir wollen nicht nur von Jahr zu Jahr
97 finanzieren, wir wollen den Wandel im System der Finanzierung. Wir wollen endlich
98 Eltern befreien, von der Beitragszahlung vom ersten Jahr im Kindergarten bis zum
99 Meister- oder Masterabschluss. Entlastung bedeutet für uns, jungen Menschen den Weg
100 freizumachen mit einem Jugendticket, dass sich jede:r leisten kann.

101 Sich umeinander zu kümmern, heißt auch, für jene da zu sein, die das Thüringen von
102 morgen sind. In Schulen, die ein echtes Zuhause für die Schulfamilie sind und
103 Kindergärten, die mehr sind als Wohlfahrt oder Aufbewahrung. Kindergarten soll eine
104 Welt sein, aber nicht eine Welt kosten, denn die Welt kostet schon genug für eine
105 Familie. Es darf nicht sein, dass jene mit Bürokratie überlastet werden, die sich
106 doch schon um Kinder und Eltern gleichermaßen kümmern.

107 Damit ältere Menschen nicht einfach aufs Abstellgleis geraten, beteiligen wir sie,
108 denn sie waren Teil der Entwicklung dieses Landes, haben ihren Teil zu dessen
109 Entwicklung beigetragen. Alle Generationen wollen wir mitnehmen auf dem Weg des
110 Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir
111 Pflegestützpunkte ausbauen und mit der Idee einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft
112 ein selbstbestimmtes und bezahlbares Wohnen ermöglichen.

113 Es geht darum, jenen zu helfen, die ihrer Familie zur Seite stehen. Enkel werden vom
114 Kindergarten geholt und vorher noch das Vereinsfest vorbereitet. Damit dafür Zeit ist
115 und das Knie auch mitmacht, braucht es eine Gesundheitsversorgung, die diesen Namen
116 verdient. Gesundheitskioske mit kurzen Wegen, welche die Krankenhauslandschaft
117 ergänzen, sind darauf eine unserer Antworten. Es muss dem Bürgermeister oder der
118 Bürgermeisterin einer Gemeinde möglich sein, sich selbst mit einem medizinischen
119 Versorgungszentrum darum kümmern zu können, dass die Gripeschutzimpfung und
120 notwendigsten Behandlungen bei allen ankommen. Kommunale Medizinische
121 Versorgungszentren sind unsere Idee statt profitgieriger Gesundheitskonzerne.

122 **Politik der Ermöglichung:** Wir wollen eine Politik, welche Verbesserungen ermöglicht,
123 indem Infrastruktur ausgebaut und das Öffentliche gestärkt werden. Alle Generationen
124 wollen wir auf diesem Wege mitnehmen. Das bedeutet für uns, Beteiligung zu schaffen.
125 Unsere Demokratie wird umso wirksamer und widerstandsfähiger gegen Gefährdungen –
126 gerade auch von Rechtsaußen, je vielfältiger, engagierter und demokratisch aktiver
127 die Menschen und gesellschaftspolitischen Akteur:innen vor Ort in den Kommunen sind,
128 je leistungsfähiger die selbstverwalteten Kommunen in Thüringen im Alltag der
129 Menschen agieren und deren gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen
130 gerecht werden können. Lebendige Demokratie und tatsächliche kommunale

131 Selbstverwaltung finden dort statt, wo die Einwohner:innen über ihre eigenen
132 Angelegenheiten mitreden und mitbestimmen können. Deshalb setzen wir als DIE LINKE.
133 Thüringen auf umfassende Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit nach dem Prinzip
134 der gläsernen Rathäuser und Landratsämter. Dazu gehören auch Möglichkeiten lebendiger
135 Mitwirkung, die wir ausbauen wollen, wie zum Beispiel öffentliche Einwohner:innen-
136 Fragestunden, Beteiligung von Senior:innen, die Arbeit von Kinder- und
137 Jugendparlamenten.

138 Dort wo Beteiligung möglich wird, kann gemeinsam darüber gesprochen werden, wie wir
139 uns bewegen und wohnen, ländliche und städtische Räume gestalten wollen und Gelder
140 der öffentlichen Hand genau dafür einsetzen. Thüringen ist ein Land der Mobilität.
141 Wir wollen die Verkehrswende so vorantreiben, dass Menschen nicht zwangsläufig auf
142 teure und klimaschädliche, fossile Brennstoffe angewiesen sind, aber dennoch niemand
143 abgehängt wird. Mobilitätsgarantie bedeutet für uns, dass nicht nur ein klassischer
144 Bus ins Dorf kommt, sondern, dass ein Auto auch dann noch zur Verfügung steht, wenn
145 keine Verbrenner mehr gebaut werden: Betrieben mit Strom aus erneuerbaren Energien,
146 von denen die Menschen im Dorf nebenbei auch wirtschaftlich profitieren und nicht nur
147 große Konzerne. Das gleiche gilt für die Frage, wer unsere Nahrung produziert und wo.
148 Statt dabei zuzusehen, wie landwirtschaftliche Flächen zum Börsenprojekt und
149 Spekulationsobjekt werden, tun wir etwas dagegen. Nicht die Stiftung einer
150 Handelskette, sondern die kommunale oder genossenschaftlich organisierte oder klein-
151 und mittelständische Wirtschaft vor Ort sollten Grund und Boden gestalten.

152 Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der
153 Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in
154 Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche
155 finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur
156 Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das
157 Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Mit passgenauen öffentlichen
158 Investitionsgesellschaften des Landes könnten wir uns von starren Spielregeln der
159 schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule,
160 Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen,
161 Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und
162 Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, muss in den
163 Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

164 **Lebensgrundlagen erhalten:** Wir leben in einer Zeit, in der es darum geht, unsere
165 natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen. Thüringen ist unser
166 Zuhause, der Wald, die grünen Hügel, die Seen und die Bäche. Das ist nicht nur schön,
167 sondern auch überlebensnotwendig für uns alle in diesem Ökosystem. Das zu erhalten,
168 darf nicht zu Lasten derer gehen, die ohnehin schon die größten Risiken und Kosten
169 tragen: Weil sie um ihren Arbeitsplatz bangen, wenn der Mutterkonzern
170 zusammenstreicht oder weil der Ausbau der Erneuerbaren allzu oft auf die Vielen, aber
171 nicht auf die eigentlichen Verursacher:innen der Krise umgelegt wird. Gute Arbeit und
172 Lebensgrundlage müssen erhalten bleiben im Wandel, wir stehen ein für diese
173 Sicherheit.

174 Wir wollen dazu die Klimainvestitionen deutlich verstärken. Mit dem Sondervermögen
175 steht uns bereits ein Instrument zur Verfügung, das uns ganz konkret dabei helfen
176 kann, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu bezahlen. Mit öffentlichen

177 Investitionsgesellschaften können wir wichtige Bauinvestitionen bei landeseigenen und
178 kommunalen Einrichtungen tätigen, sparen damit in erheblichem Maße klimaschädliche
179 Emissionen ein und können den Ausbau erneuerbarer Energien deutlich beschleunigen.
180 Mit unserem Vorschlag eines Windenergiebeteiligungsgesetzes wollen wir, das vom
181 Gewinn aus der Stromerzeugung die Menschen vor Ort profitieren, wenn das Geld in die
182 Sanierung der Schule oder des Gemeinschaftshauses und nicht allein in die Kasse des
183 Stromerzeugers fließt.

184 Wir wollen darüber sprechen, wie wir es schaffen, aus den ersten kleinen Schritten
185 der Technologieberatungsstellen und der Transformationsagentur einen großen werden zu
186 lassen. Zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, ist von
187 öffentlichem Interesse. Es braucht daher eine neue Industriebeteiligungsstrategie,
188 mit der das Land Unternehmen begleitet, die bereit sind, umzustellen, statt auf den
189 Markt zu warten, der zwar bereinigt, aber nicht regelt. Dazu bauen wir auf das Wissen
190 aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die gemeinsam mit den berufsbildenden
191 Einrichtungen zu Weiterbildungszentren werden könnten. Dort unterstützen wir
192 Beschäftigte und bauen auf ihr Wissen, um die Aufgaben in den neuen industriellen,
193 öffentlichen und sozialen Arbeitsfeldern anzupacken. Wir wollen Sicherheit schaffen
194 in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, statt die Menschen sich selbst zu überlassen
195 und wieder viele hinten runter fallen zu lassen. Es braucht das Verständnis dafür,
196 dass wir sie für alle Berufe und Aufgaben benötigen, die Teil der sozialen und
197 klimagerechten Energiewende sind.

198 **Haltung zeigen:** Damit all das möglich wird, braucht es eine klare Haltung, mit der
199 wir Menschen begegnen. Wir, das bedeutet für uns ein verbindendes "Wir" all derer,
200 die hier leben und mitgestalten wollen. Damit das alle können, braucht es Strukturen,
201 die Menschen hier in Sicherheit ankommen und teilhaben lassen. Aus abweisenden
202 „Ausländerbehörden“ müssen bürokratiearme Einrichtungen werden, in denen Zuwanderung
203 sicher und das Ankommen schnell ermöglicht wird. Aus Kettenduldungen und
204 Perspektivlosigkeiten müssen Bleibeperspektiven und Chancen werden. Der „Spurwechsel“
205 ist dabei der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wir wollen Menschen nicht länger sich
206 selbst und der Willkür illegalisierter Fluchtwege und verworrener Aufenthaltstitel
207 überlassen. Wir wollen organisierte, ausbeuterische Kriminalität verhindern und
208 stattdessen humanitäre und zivile Hilfe stärken. Landesaufnahmeprogramme müssen
209 stärker mit Leben erfüllt und die Beratungs-, Begleitungs- und
210 Unterstützungsstrukturen auf sichere Beine gestellt werden. Zuwanderung bedeutet für
211 uns Schutz und die Möglichkeit, sicher auf eigenen Beinen stehen zu können. Das
212 wollen wir ermöglichen.

213 **Es gibt etwas zu gewinnen und wir haben es in der Hand!**

214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

220 Wir sind die Brandmauer, wir lassen nicht zu, dass Faschist:innen zum Zünglein an der
221 Waage werden und die mit ihren Worten andere bestärken, den Hass und die Hetze in die
222 Tat umzusetzen. 2024 geht es darum, welches Menschenbild dieses Land prägt. Wir

- 223 wollen ein gemeinsames Land, ein "Wir" statt ein "Die"! Wir wollen einen sozialen
224 Staat nach Thüringer Modell, eine Politik der Ermöglichung, des Erhalts unserer
225 Lebensgrundlagen und Haltung, statt Rückfall in finstere Zeiten.
- 226 Wir wollen wir einen handlungsfähigen Staat gestalten und der jungen Generation den
227 Weg frei machen. Wir alle sind eine große Thüringer Familie und halten zusammen.
228 Deshalb wollen wir für Entlastung sorgen und schaffen mehr Zeit füreinander in
229 sozialer Sicherheit. Wir schätzen die Erfahrung und das Wissen der unterschiedlichen
230 Generationen unserer Thüringer Familie: Nur mit ihnen allen kann die Zukunft
231 gelingen.
- 232 Sicherheit im Wandel, Anerkennung von Erfahrungen und Zukunft gibt es nur mit Bodo
233 Ramelow. Einer, der im Land und im Bund für die Menschen in Thüringen streitet und
234 klare Haltung zeigt in einer Zeit, welche Haltung statt Spaltung mehr verlangt denn
235 je. Sicherheit im Wandel, dafür stehen wir, als Thüringer LINKE!

Antrag G2: Thüringer Kommunen mit Zukunft für alle: demokratisch, vielfältig und lebendig

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Alltag der Menschen findet dort statt, wo sie leben, wohnen, arbeiten und
- 2 gesellschaftlich verankert sind: vor Ort in den Städten und Dörfern. Hier wird es
- 3 konkret und hier sehen sie, ob Straßen befahrbar und Bibliotheken geöffnet sind.
- 4 Lebensqualität ist, wenn der Stadtpark oder der Stadtwald gepflegt werden und
- 5 Erholung vor der Haustür möglich ist. Sicherheit ist, wenn vor Ort der Einkauf
- 6 möglich und bezahlbar, die Gesundheit in den guten Händen der Ärztin und Bus oder
- 7 Bahn für alle erreichbar sind. Entscheidungen im Rathaus oder Landratsamt müssen
- 8 Einwohner:innen nachvollziehen können. Ob und welche öffentlichen Leistungen erbracht
- 9 werden und inwieweit diese Kosten auf die Einwohner:innen umzulegen sind, entscheiden
- 10 demokratisch gewählte Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage. Stimmen Transparenz und
- 11 Beteiligung in diesen Verfahren nicht, verlieren Entscheidungen an Akzeptanz. Hier
- 12 wird Demokratie konkret erfahrbar. Die Errungenschaften der gleichberechtigten
- 13 Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen müssen deshalb täglich verteidigt
- 14 werden. Zur lebendigen und akzeptierten Demokratie gehört es, die
- 15 Beteiligungsprozesse in den Kommunen immer wieder weiterzuentwickeln und auszubauen.
- 16 **Wir als LINKE streiten mit den Wahlen 2024 für demokratische Beteiligungskommunen.**
- 17 Wer in den Rathäusern und Landratsämtern letztlich entscheidet, macht dies mit einem
- 18 politischen Mandat. Unsere Mitglieder in den Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen
- 19 kandidieren auf Listen der Partei DIE LINKE und stehen somit zu den politischen
- 20 Werten unserer Partei. Sie treten an mit dem politischen Gestaltungsanspruch,
- 21 soziale, ökologische und lebendige Politik für die Menschen in ihrer Kommune zu
- 22 praktizieren. Gleiches gilt für (Ober-)Bürgermeister:innen und Landrät:innen mit
- 23 Mandat der LINKEN. Sie sind keine neutralen Wesen in den Amtsstuben. Sie gestalten
- 24 vor Ort die Grundlage unseres Zusammenlebens. Und das bedeutet: **Kommunalpolitik ist**
- 25 **nicht unpolitisch!** Es geht nicht darum, „nur“ vermeintlich gute Sachpolitik jenseits
- 26 parteipolitischer Programmatik zu machen. Bereits im Dorf oder in der Stadt
- 27 entscheidet sich durch die politische Arbeit von Kommunalpolitiker:innen und allen,
- 28 die sich an den politischen Prozessen beteiligen, welches Menschenbild in der Kommune
- 29 gelebt wird. Wir wollen deshalb die Einwohner:innen einbeziehen und gemeinsam mit
- 30 ihnen über ihre und unsere Ideen zur Gestaltung ihrer Stadt oder ihres Dorfes
- 31 diskutieren. Es geht um einen gemeinsamen Austausch auf Augenhöhe. **Leiten lassen wir**
- 32 **uns dabei von der Idee „Gläsernes Rathaus“.**
- 33 Offenheit und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungswege und der Abwägungsgründe
- 34 setzen voraus, dass alle die unbeschränkte Möglichkeit haben, sich umfassend zu
- 35 informieren, um sich einbringen zu können. Das Rathaus ist der Ort der Gemeinschaft,
- 36 wo Entscheidungen getroffen werden, die im Alltag der Menschen ihre konkrete Wirkung
- 37 erfahren. Wie hoch die Kindergartengebühren sind oder ob neue Radwege angelegt

38 werden, wird hier entschieden. Es gibt kein öffentliches Gebäude, bei dem die
39 Einwohner:innen über mehr Zutrittsrechte verfügen. Die Rathäuser und Landratsämter
40 müssen deshalb ihr Wirken im Interesse der Einwohner:innen ausrichten. **Wir sagen**
41 **deutlich: Die Verwaltung ist für die Menschen da!**

42 Neben modernen Zugangsmöglichkeiten wie günstigen Öffnungszeiten, mobiler
43 Erreichbarkeit und Barrierefreiheit braucht es auch die Möglichkeit, an
44 Entscheidungen mitwirken zu können. Bisher ist gesetzlich geregelt, dass die (Ober-
45)Bürgermeister:innen und Landrät:innen bestimmen, wann eine Gremiensitzung
46 stattfindet. Dieses Recht sollte den Gemeinde- und Stadträten sowie den Kreistagen
47 ebenso zustehen, um zu entscheiden, an welchen Wochentagen und zu welchen Uhrzeiten
48 die Gremiensitzungen beginnen. Hierdurch wird nicht nur das Ehrenamt in seiner Arbeit
49 ermöglicht, sondern insbesondere auch die Teilhabe von Frauen in der ehrenamtlichen
50 kommunalpolitischen Mitarbeit gestärkt. Es ist nach wie vor Lebenswirklichkeit, dass
51 Frauen überproportional bei der Kinderbetreuung, dem Haushalt und der Pflege von
52 Angehörigen beansprucht werden. Hier stehen die Kommunen auch in der Verantwortung,
53 den erhöhten organisatorischen und finanziellen Mehraufwand den Frauen und Familien
54 tragen, auszugleichen. Das betrifft beispielsweise Alleinerziehende, die am
55 Wochenende nicht einfach so zu einem kommunalen Festempfang gehen und Kontakte
56 knüpfen oder sich kommunalpolitisch weiterbilden können, weil die Kinderbetreuung
57 unmöglich ist. Wer sich dann eine Betreuung einkauft, muss dafür die Kosten von der
58 Kommune erstattet bekommen. Gleiches gilt für Kommunalpolitiker:innen, die Angehörige
59 betreuen und pflegen. **Gleichstellung muss in der Kommunalpolitik verankert sein!**

60 Es ist ein politischer Achtungserfolg, dass es der rot-rot-grünen Koalition in
61 Thüringen gelungen ist, die Fragestunde für Einwohner:innen in den Gemeinden und
62 Städten zur Pflicht zu machen. In einzelnen Landkreisen ist die Fragestunde für
63 Einwohner:innen ein freiwilliges Angebot. Damit können kommunalpolitische Anliegen
64 öffentlich gemacht werden. Ein weiterer Schritt zur Beteiligung von Menschen ist,
65 ihnen auch das Rederecht in den Sitzungen einzuräumen. Kommunalpolitik ist für uns
66 mehr als eine "Schaufensterdemokratie". **Wir wollen uns dafür einsetzen, dass vor Ort**
67 **Regelungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass Einwohner:innen auch während**
68 **der Gremiensitzungen ein Rederecht erhalten.**

69 Die Ausschussarbeit muss noch transparenter werden. Hierzu hat Rot-Rot-Grün die
70 gesetzlichen Regelungen bereits geschaffen und die Möglichkeit von öffentlich
71 tagenden Ausschüssen eingeräumt – und zwar auch dann, wenn die Ausschüsse nur
72 vorberatend tätig sind. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Argumente für
73 oder gegen eine Entscheidung oder Änderungen am ursprünglichen Beschlusstext
74 nachvollzogen werden können. Politische Entscheidungen haben immer eine öffentliche
75 Relevanz. Deshalb müssen auch deren Entscheidungswege immer öffentlich sein. **Wir**
76 **setzen uns deshalb vor Ort dafür ein, dass alle Ausschüsse öffentlich tagen.**

77 Besonders bedeutsam ist dies für die Beratung zu den kommunalen Haushalten. Die
78 Gemeinde - und Stadträte sowie die Kreistage entscheiden darüber, nach welchen
79 Kriterien die öffentlichen Mittel verausgabt werden sollen. Hier gilt es für uns, die
80 Weichen der kommunalen Haushaltspolitik in enger Abstimmung mit den Einwohner:innen
81 zu stellen. Vielfach gibt es bereits gute Erfahrungen mit Beteiligungshaushalten.
82 Klar, nicht jeder Vorschlag wird umgesetzt werden können. Aber bereits die Diskussion
83 mit den Einwohner:innen darüber, wofür die Mittel der Gemeinde, der Stadt oder des

84 Kreises ausgegeben werden sollen, führt zu Verständnis und Nachvollziehbarkeit, auch
85 bei manch harter Entscheidung. Haushaltspolitik ist die Entscheidung vor Ort, für den
86 Ort, für das Dorf, für die Stadt, den Kreis, ganz nah und mit Wirkung. Letztlich
87 können alle Beteiligten des Prozesses durch gegenseitiges Zuhören voneinander lernen
88 und Politik hat die Möglichkeit, Vertrauen zurückzugewinnen. **Deshalb wollen wir vor**
89 **Ort neue Formen der Beteiligung beim Kommunalhaushalt einführen und bestehende**
90 **Instrumente weiter ausbauen.**

91 Nach unserem Verständnis müssen in einer Demokratie die Menschen in der Kommune das
92 letzte Wort haben können. Sofern einzelne Entscheidungen auf keine Akzeptanz bei den
93 Betroffenen stoßen, haben sie die Möglichkeit, die Beschlusslage im Rahmen eines
94 Bürger:innenentscheides neu zur Abstimmung durch die Allgemeinheit zu stellen. Dafür
95 muss man wissen, worum es geht und welche Möglichkeiten bestehen. Das ist nicht für
96 alle eine Selbstverständlichkeit und erfordert Wissen und unterstützende Beratung, um
97 die Beteiligungsinstrumente nutzen zu können. **Wir streben an, dass die kommunale**
98 **Verwaltung diesen Prozess zum Bürgerentscheid nicht nur passiv begleitet und die**
99 **Rechtskonformität überwacht, sondern aktiv die Einwohner:innen berät, wenn diese sich**
100 **auf den Weg machen und die politische Teilhabe mit Leben erfüllen.**

101 Wir sind davon überzeugt, dass Verwaltung für die Menschen da ist. Für die
102 Einwohner:innen ist es meist unerheblich, welche Stelle im Rathaus, Landratsamt oder
103 einer Einrichtung von Bund und Land konkret zuständig ist. Die Menschen haben ein
104 Anliegen, das es zu beantworten, zu bearbeiten und zu lösen gilt. Gute öffentliche
105 Verwaltung heißt für uns, dass es eine zentrale Anlaufstelle vor Ort gibt, wo die
106 Menschen ihre Anliegen vortragen können. Dort erhalten Bürger:innen eine erste
107 Beratung, wie ihrem Anliegen entsprochen werden könnte. Der weitere Verwaltungsweg,
108 Anträge und andere Notwendigkeiten werden von dort organisiert. Dies bedarf einer
109 guten Vernetzung der Behörden auf Kreis- aber auch auf Landesebene. **Die erste**
110 **zentrale Anlaufstelle wollen wir als Service-Büro für Bürger:innen verstehen, welches**
111 **als Netz über alle Kommunen in Thüringen gespannt ist.**

112 Auch die Kommunen müssen die Zukunftsaufgaben anpacken und als Teil eines
113 gesamtgesellschaftlichen Netzwerkes ihren Beitrag zur Lösung der Herausforderungen
114 erfüllen. **Die Fragen eines zukunftsfähigen Mobilitätskonzeptes für Thüringen werden**
115 **wir nicht ohne die Kommunen beantworten können.** Wir sprechen uns dafür aus, dass der
116 öffentliche Personennahverkehr, egal ob Bus oder Bahn, für alle Menschen attraktiv
117 sein muss. Das bedeutet vor allem kostengünstig, fahrscheinfrei und ein Angebot, das
118 die Bedürfnisse im Alltag erfüllt. Bus- und Bahnfahren in den Städten und über Land
119 sollen den modernen Ansprüchen genügen. Hierzu muss die Attraktivität durch eine
120 Verdichtung der Netze, gute Taktzeiten und eine Verknüpfung mit möglichst geringen
121 Wartezeiten angestrebt werden. Vor allem die Innenstädte müssen vom zunehmenden
122 Autoverkehr entlastet werden. Das Parken auf dem Marktplatz darf nicht billiger sein
123 als die Fahrt mit dem Bus vom Parkplatz am Rand der Kommune in das Stadtzentrum.

124 Eine kommunale Verkehrspolitik ist noch viel mehr. Andere Kommunen haben es
125 vorgemacht. Öffentliche Räume den parkenden oder fahrenden Fahrzeugen wieder zu
126 entziehen, diesen Raum für die Menschen zurückzugewinnen und mit Leben zu erfüllen,
127 ist möglich und nicht nur in Großstädten machbar. Begrünte Städte sind kühler in
128 einer sich erwärmenden Umwelt. Lebensqualität, Mobilität für alle und eine
129 Verkehrsplanung, die auch Radfahrende mitdenkt, sind kein Widerspruch. Schauen wir

130 uns die Stadtplanung in vielen Plattenbaugebieten mit Grünanlagen und Schattenplätzen
131 an, werden wir das Konzept bereits dort finden. **Kommunale Klimapolitik kann einen**
132 **wichtigen Beitrag leisten, die Folgen des Klimawandels zu begrenzen.** Hitzeschutz in
133 den Städten ist gelebte Gesundheitspolitik in der Kommune. Eine weitere Aufheizung
134 und Austrocknung der urbanen Lebensräume müssen wir verhindern. Hierzu müssen wir die
135 Klimapolitik vor Ort auch größer denken. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat ein
136 Förderprogramm aufgelegt, damit vor Ort entsprechende Klimaschutzkonzepte erarbeitet
137 werden können. Was genau damit passiert, das ist gelebte Demokratie auf kommunaler
138 Ebene. **Wir sprechen uns dafür aus, dass diese Klimaschutzkonzepte auch unter**
139 **Beteiligung der Einwohner:innen erstellt und weiterentwickelt werden.**

140 Vor allem in den stärker verdichteten Innenstädten muss die zentrale Wärmeversorgung
141 eine größere Rolle spielen. Es wäre unrealistisch, zu glauben, dass Thüringer
142 Kommunen bei einer immer stärker vernetzten und voneinander abhängigen Welt
143 ausgerechnet bei der Wärmeversorgung fast ausschließlich auf individuelle Lösungen
144 der Wärmeversorgung setzen könnten. Diejenigen, die bisher auf ihre eigene
145 Wärmeversorgung mit Öl oder Gas gesetzt haben, müssen bei diesen
146 Veränderungsprozessen mitgenommen werden. Beteiligung ist die beste Form, um
147 Akzeptanz für den Klima- und Umweltschutz im Dorf und der Stadt zu schaffen. **Wir**
148 **setzen uns vor Ort dafür ein, dass Beiräte geschaffen werden, die die Verwaltungen**
149 **bei der Gestaltung in der kommunalen Klimapolitik begleiten.**

150 Auch als Begegnungsraum für Menschen müssen die Kommunen wiederentdeckt werden. Eine
151 Belebung der Innenstädte sehen wir nicht in erster Linie aus ökonomischer Sicht, dass
152 alle Verkaufsläden in den Fußgängerzonen auch auf Kosten der Allgemeinheit
153 offenbleiben. Vielmehr wollen wir diese Räume dafür nutzen, uns Gedanken über das
154 menschliche Zusammenleben vor Ort zu machen. **Die Plätze in unseren Dörfern und**
155 **Städten sollen Begegnungsraum für Menschen unterschiedlichen Alters,**
156 **unterschiedlicher Kulturen und unterschiedlicher Erfahrungen sein.** Es können dadurch
157 neue Freiräume der Kreativität entstehen, wo sich Menschen ganz neu entdecken und
158 entfalten sowie Orte der Kommunikation entstehen. Wir wollen vor Ort Möglichkeiten
159 der Begegnung von Menschen schaffen, die sich sonst womöglich nie begegnet wären. Das
160 stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft ganz neue Formen der Identifizierung mit
161 der Kommune.

162 Diese neuen Formen der kommunalen Gemeinschaft wollen wir durch eine Stärkung der
163 ehrenamtlichen Arbeit unterstützen. Als LINKE lehnen wir es ab, dass sich die
164 öffentliche Hand aus wichtigen Bereichen zurückzieht, mit dem Vertrauen darauf, dass
165 ehrenamtliche Kräfte die Arbeit anschließend übernehmen. Deshalb ist es wichtig, dass
166 unter rot-rot-grüner Verantwortung in Thüringen die Anerkennungskultur für
167 Ehrenamtliche gestärkt und das Netz an Beratungs- und Koordinierungsstellen für
168 Freiwilligenarbeit mit hauptamtlichen Strukturen ausgebaut wurden und werden. Das
169 Landesprogramm für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen ist hierfür der
170 deutlichste Ausdruck. Wir wollen erreichen, dass diese Angebote in allen Landesteilen
171 die Lebensqualität der Menschen erhöhen. Wir streiten dafür, dass diejenigen die ihre
172 Zeit für andere im Ehrenamt zur Verfügung stellen, etwas zurückbekommen.
173 Ehrenamtskarten zur kostenfreien Nutzung von Bus und Bahn oder andere
174 Unterstützungsmöglichkeiten wollen wir dazu im Ort auf den Weg bringen. **Wir setzen**
175 **uns dafür ein, dass auch mit eigenen kommunalen Mitteln die Arbeit der Ehrenamtlichen**

176 **besser unterstützt wird.**

177 Unter rot-rot-grüner Regierungsverantwortung wurde das Landesprogramm AGATHE auf den
178 Weg gebracht, mit dem älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
179 ermöglicht wird. Eine örtliche Gemeinschaft, das sind wir alle, in jedem Alter, in
180 jeder Lebenssituation. Wir alle haben etwas beizutragen zum vielfältigen "Wir" vor
181 Ort. Manchmal geben wir Unterstützung, manchmal brauchen wir welche. Dieser
182 Verantwortung dürfen sich heute die Kommunen nicht entledigen. Es ist unsere Aufgabe
183 als LINKE, darauf zu achten, dass es unseren Nachbarn gut geht. **Wir setzen uns dafür**
184 **ein, dass das Programm AGATHE flächendeckend in Thüringen einen Beitrag leistet, dass**
185 **kein Mensch allein bleiben muss.**

186 Dazu gehört auch, dass wir die medizinische Versorgung vor Ort in hoher Qualität
187 sicherstellen wollen. Nach unserer Überzeugung haben alle bestehenden Krankenhäuser
188 eine Existenzberechtigung. Sie erfüllen einen öffentlichen Auftrag. Auch wenn sich
189 hier exemplarisch zeigt, dass die Privatisierungen öffentlicher Aufgaben in den
190 zurückliegenden 30 Jahren falsch gewesen sind, stellen wir keine medizinische
191 Einrichtung zur Diskussion. Deshalb war es richtig, dass unter maßgeblicher LINKER
192 Beteiligung das Gesetz geändert wurde, um die regionalen Krankenhäuser auch über
193 Kreisgrenzen hinweg zu stärken und das Netz an Medizinischen Versorgungszentren
194 weiter auszubauen. Damit leisten wir zum Teil auch einen Beitrag zur Re-
195 Kommunalisierung des Gesundheitswesens. Versorgungszentren in kommunaler Hand,
196 Pflegestützpunkte oder Gesundheitskioske sind wichtige Säulen für eine kommunale
197 Gesundheitspolitik, die allen zugänglich ist. **Vor Ort wollen wir uns dafür**
198 **einsetzen, diese gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Stärkung der medizinischen**
199 **Versorgung konkret mit Leben zu erfüllen.**

200 Als Thüringer LINKE stehen wir dafür ein, dass alle Angelegenheiten der örtlichen
201 Gemeinschaft in den Kommunen partnerschaftlich geregelt werden. Das bedeutet für uns,
202 die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich alle in die Prozesse vor Ort einbringen
203 können. Politische Entscheidungen werden zuerst in der Kommune erlebbar. Deshalb
204 müssen die demokratischen Mitwirkungsprozesse ausgebaut werden. Wer die notwendigen
205 politischen Schritte ohne die Menschen geht, darf sich schließlich nicht wundern,
206 wenn sich Menschen von der Demokratie zurückgelassen fühlen. **Wir als DIE LINKE vor**
207 **Ort sind die Garantie für Thüringer Kommunen mit einer Zukunft für alle:**
208 **Demokratisch, vielfältig und lebendig!**